



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss virtuell:

Europapolitik in Zeiten der Corona-Krise

Seine Perspektive auf die Europäische Union stellte Manfred Weber, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, dem KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in dessen jüngster Sitzung unter der Leitung des Landesvorsitzenden Stefan Rößle dar. Auch wenn die Eindämmung der Corona-Pandemie und deren wirtschaftliche Folgen nach wie vor alles überlagern, stehen der Green Deal, die Digitalisierung sowie die Weiterentwicklung der Europäischen Union immer noch weit oben auf der Agenda der europäischen Politik.

Als herben Rückschlag für Europa, behaftet mit zahlreichen Enttäuschungen, bezeichnete Weber die Impfstoff-Zuteilung

VID-19-Impfstoffe. Mittlerweile hat die Europäische Union We- ter zufolge auch angekündigt, Medikamente zur Behandlung



Tagung auf Distanz: Von links Sebastian Franz und Jörg Kunstmann. Bild: GZ

im ersten Quartal dieses Jahres. Es sei eine irrtümliche Annahme gewesen, darauf zu vertrauen, dass die westliche Welt sich stützt. Jetzt komme es darauf an, bis zum Sommer jedem Europäer ein Impfangebot zu machen. Inzwischen sei spürbar, „dass die Maschine jetzt rollt“.

Endlich Medikamente

Nach einer Beurteilung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) und in Abstimmung mit den EU-Mitgliedstaaten erteilt die Europäische Kommission die Zulassung für CO-

vid-19 künftig schneller zuzulassen und gemeinsam zu beschaffen. Zudem soll in der EU nach dem Willen des EU-Parlaments künftig ein einheitliches „Covid-19-Zertifikat“ den Nachweis ermöglichen, gegen das Virus geimpft, negativ getestet oder von der Krankheit genesen zu sein.

Standardisiertes Zertifikat

Dieser Beschluss ist für die exportorientierte deutsche Wirtschaft bedeutsam, weil das standardisierte Zertifikat den bürokratischen Aufwand für den sicheren und freien Verkehr in der EU während der Pandemie verringern soll. Noch vor der Sommerpause soll eine Einigung erzielt werden. Aus Webers Sicht „hat das Prozedere viel zu lange gedauert“, habe die Kommission den Vorschlag doch erst vor gut vier Wochen vorgelegt.

Wie der Fraktionsvorsitzende weiter ausführte, „verschieben sich die Weltgewichte derzeit massiv“. Die EU habe im vergangenen Jahr sieben Prozent an Wirtschaftskraft verloren. Zu Zeiten der Eurokrise waren es „lediglich“ fünf Prozent. Länder wie Italien und Spanien hätten 2020 sogar zehn Prozent an Wirtschaftskraft eingebüßt. „Das sind historische Einschnitte“, betonte Weber. Gleichzeitig habe China als Ursprungsland

des Virus zwei Prozent an Wirtschaftskraft gewonnen.

„Derzeit decken wir die Krise mit massiven Schulden zu“, fuhr Weber fort. Allein der Freistaat Bayern habe in den vergangenen 14 Monaten sieben Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Auf Bundesebene sind es 240 Milliarden Euro. Auf EU-Ebene werden nun fast 600 Milliarden Euro in die Hand genommen, um die Krise zu kompensieren. Um die Wirtschaft abzufedern, sieht der Europapolitiker aktuell „keine Alternative zur Schuldenaufnahme“.

Konjunkturprogramm

Ende Mai 2020 legte die Europäische Kommission ein Konjunkturprogramm in Höhe von 750 Milliarden Euro zusammen mit einem überarbeiteten Vorschlag für den EU-Haushalt 2021-2027 vor. Mit Hilfe des Wiederaufbauinstruments „Next Generation EU“ sollen die durch die Pandemie verursachten wirtschaftlichen und sozialen Schäden behoben und in eine grüne, digitale, soziale und widerstandsfähigere EU investiert werden. Damit wolle man

Neues Portal für attackierte Kommunalpolitiker:

Stark im Amt

Laut einer aktuellen repräsentativen Befragung unter mehr als 1.600 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Auftrag der Körber-Stiftung ist die Bedrohung von Kommunalpolitikerinnen und -politikern eine Gefahr für die Demokratie. Das neue, von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier als Schirmherr freigeschaltete Portal stark-imamt.de nimmt hier eine Lotsenfunktion ein, zeigt Handlungsoptionen auf und hilft mit Kontakten weiter.

Bei diesem Serviceangebot der kommunalen Spitzenverbände und der Körber-Stiftung ist auf der Internetseite ein ro-



Frank-Walter Steinmeier. Bild: Bundesregierung/Steffen Kugler

ter Knopf mit der Aufschrift „Im Notfall“ prominent platziert. Klickt man ihn an, erscheinen die Telefonnummern von Polizei und der Telefonseelsorge. Der Gedanke dahinter: Es geht nicht nur darum, Übergriffe anzuzeigen. Es geht auch um die psy-

gestärkt aus der Pandemie hervorgehen, die Wirtschaft neu ausrichten und Arbeitsplätze schaffen.

Anspruchshaltungen zurückschrauben

Strebe man eines Tages wieder ausgeglichene Haushalte an, sei es unumgänglich, in den nächsten Jahren manche Anspruchshaltung zurückzuschrauben, machte Weber deutlich. „Kürzungen in manchen Budgets“ seien dabei nicht auszuschließen. Den Willen hierzu sehe er momentan bei der einen oder anderen Ausgabe hierzulande freilich nicht. Eher werde noch draufgelegt – koste es, was es wolle. Dabei sollte doch klar sein, dass Europa nicht folgen wird, wenn Deutschland es nicht schafft, der Megaverschuldung rechtzeitig ein Ende zu bereiten. Weber: „Wir sind in einem globalen Wettbewerb, der die Wohlstandsfrage in Bayern in den nächsten zehn Jahren massiv und entscheidend prägen wird. Wie wir als Staat diesen Innovationswettbewerb bestreiten, ist eine der großen politischen Fragen.“

Weitere Handelsverträge

Zur Debatte stehe das Thema Wohlstand auch dann, wenn es um den Abschluss weiterer Handelsverträge geht. „Wir verlieren hier jede Kraft“, urteilte Weber. Nach dem erfolgreichen (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Städtetag:

Kommunen zukunftsfest machen

Rechtzeitig zur anstehenden Steuerschätzung für den Freistaat hat der Bayerische Städtetag Alarm geschlagen. Laut dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, werden die bayerischen Städte und Gemeinden auch 2021 Kompensationen für ausfallende Gewerbesteuer in Milliardenhöhe benötigen.

Nach einer internen Umfrage des Bayerischen Städtetags – teilgenommen hatten 90 Prozent der Verbandsmitglieder, was rund 75 Prozent des ge-

uns eine kurze Atempause vor einer langen Durststrecke verschafft“, erklärte Pannermayr in einer Video-Presskonferenz.

Gefahr einer strukturellen Schiefelage

„Aber wenn wir Kommunen handlungsfähig bleiben sollen, muss der finanzielle Ausgleich nach dem Muster von 2020 fortgesetzt werden.“ Andernfalls sei die Gefahr groß, dass viele Kommunen in eine ‚strukturelle Schiefelage‘ gerieten und bei wichtigen Investitionen auf die Bremse treten müssten. Im Übrigen, so der Verbandschef, sei auch der Anteil der Städte und Gemeinden an der Einkommensteuer rückläufig. Hier betrage (Fortsetzung auf Seite 4)



Markus Pannermayr. Bild: Bayerischer Städtetag

samt bayerischen Aufkommens bei der Gewerbesteuer ausmacht – liegt das zu erwartende Aufkommen bei der Gewerbesteuer rund 21 Prozent unter Vorkrisenniveau: Die Gesamtsumme der Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer beträgt aktuell rund 1,68 Milliarden Euro. Damit ist der Rückgang 2021 Pannermayr zufolge „noch breiter als im Krisenjahr 2020“.

Kurze Atempause vor einer langen Durststrecke

Im vergangenen Jahr hatte sich das Minus bayernweit auf 2,1 Milliarden Euro belaufen. Damals hatten Bund und Länder den Städten und Gemeinden im Freistaat bei einem Corona-Hilfsprogramm 2,4 Milliarden Euro überwiesen und damit die Gewerbesteuer-Ausfälle mehr als kompensiert. „Das hat



„Pechschwarz, wunderschön und charakterstark“ lauten die Adjektive, mit denen der Bürgermeister „the first cat“ des Rathauses beschreibt. Sabrina musste den Kater in seinen guten Händen zurücklassen. Pino belauscht jetzt für uns den Rathauschef. Da das kluge Tier über juristische Vorkenntnisse verfügt, kann es sich ohne Weiteres mit „The Chief Mouser to the Cabinet Office“, Socks und Choupette messen. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Gleichstellungspolitik: „Wir brauchen mehr Mut“	2
Antisemitismus ist der Kitt für Verschwörungstheoretiker	2
Reuter: Nachhaltige Finanzwirtschaft mit Sinn und Verstand	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Hass und Hetze klare Grenzen setzen	3
Neuer KPV-Landesgeschäftsführer: Sebastian Franz	4
Schnelle Hilfe für Kinder und Jugendliche	5
Abfall • Umwelt	6-7
Kommunale Verkehrsthemen	7-8
Weiterbildung • Schulungen	9
Aus den bayerischen Kommunen	9-12

Gleichstellungspolitik:

„Wir brauchen mehr Mut!“

Sozialministerin Carolina Trautner hat den sechsten Bericht der Staatsregierung zum Gleichstellungsgesetz vorgestellt. Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes diskutierte sie mit den Abgeordneten über Erfolge und Defizite in der aktuellen Entwicklung zu mehr Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern. In den Bezirken, Landkreisen, Städten und Gemeinden verfügen derzeit knapp 56 Prozent über ein gültiges Gleichstellungskonzept. Ausschussvorsitzender Wolfgang Fackler (CSU) machte deutlich: „Da geht noch mehr!“

Anhand der Ergebnisse des sechsten Berichts der Bayerischen Staatsregierung über die Umsetzung des Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern wird deutlich: Ressortübergreifend nehmen immer mehr Frauen eine Führungsposition ein. Jedoch zeigen die Ergebnisse auch, dass Führung in Teilzeit wenig verbreitet ist. Der Frauenanteil in der gesamten öffentlichen Verwaltung liegt bei 60,9 Prozent und ist damit seit Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes im Jahr 1996 kontinuierlich gestiegen (1999: 51,4 Prozent).

Frauenanteil von Beruf abhängig

Allerdings variiert der Frauenanteil in den verschiedenen Bereichen durchaus deutlich. Differenziert nach Verwaltungsbereichen ist in der Staatsverwaltung ohne Schul- und Polizeibereich das Verhältnis von Frauen und Männern insgesamt ausgeglichen (50,1 Prozent Frauen, 49,9 Prozent Männer). Im Schulbereich sind Frauen deutlich überrepräsentiert (71,8 Prozent). Im Polizeibereich sind die Männer wesentlich stärker vertreten (75,0 Prozent). Bei der Beamten- und Richterschaft stellen erstmals die Frauen mit 53,4 Prozent die Mehrheit der in diesem Bereich Beschäftigten.

Frauen verdienen weniger

Im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum ist die Zahl der Frauen im öffentlichen Dienst des Freistaates erneut um 16.785 gestiegen, während die Anzahl der Männer um 1.818 zurückgegangen ist. Grund dafür ist, dass es einen höheren Frauenanteil bei den Neueinstellungen gibt und mehr Männer bei den älteren Jahrgängen, die in den Ruhestand gehen. Viele Neueinstellungen wirken sich dabei negativ auf das Durchschnittsgehalt aus. Dies wird durch einen Aufstieg in Führungspositionen noch nicht kompensiert. Einer der Gründe ist die Teilzeitanstellung. So

verdienen Frauen in der öffentlichen Verwaltung durchschnittlich 234 Euro weniger als Männer (pro Monat; 2019: 317 Euro) was u. a. zu tun hat mit unterschiedlichen Eingruppierungen.

Arbeitszeit beeinflusst Qualifikationsebene

Die Verbreitung von Teilzeitbeschäftigung hat sich im Vergleich zu 2014 kaum verändert. 42 Prozent aller Bediensteten in der gesamten öffentlichen Verwaltung sind in Teilzeit beschäftigt. Mehr als jede zweite Frau (57,6 Prozent) arbeitet in Teilzeit, dagegen weniger als jeder fünfte Mann (19,7 Prozent). Selbst in der höchsten Qualifikationsebene ist die Mehrheit der Frauen (51,15 Prozent) teilzeitbeschäftigt. Dabei ist der Anteil teilzeit-tätiger Frauen in Führungspositionen mit knapp elf Prozent aber nur etwa halb so groß, wie ihr Anteil an der Vergleichsgruppe. Die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen beruht folglich im Wesentlichen auf der geringeren Beteiligung von Teilzeitkräften an Führungspositionen.

Appell an Ressorts

Carolina Trautner (CSU), Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, bezog bei der Vorstellung des Berichtes klare Position: „Ich appelliere an alle Ressorts, noch mehr über das Führen in Teilzeit nachzudenken. Ich bin überzeugt, dass wir diesen Spirit in die öffentliche Verwaltung tragen können, denn das Führen in Teams ist möglich – aber wir brauchen mehr Mut. Das dickste Brett, das wir zu bohren haben, ist dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“ Dabei helfen sollen Gleichstellungskonzepte als entscheidende Grundlage für eine längerfristige gezielte Förderung von Frauen durch personalrechtliche und organisatorische Maßnahmen. Sie sind alle fünf Jahre durch die Dienststellen mit nicht nur geringfügigen Personalabfertigungen mit mindestens 100 Beschäftigten sowie die ober-

ten Landesbehörden zu erstellen. 85,5 Prozent der verpflichteten Dienststellen des Freistaates haben Gleichstellungsbeauftragte bestellt. Die an der Befragung teilnehmenden Kommunen sind zu 100 Prozent ihrer Verpflichtung dazu nachgekommen. Unter den Dienststellen mit Gleichstellungsbeauftragten (staatlich und kommunal) haben 64,5 Prozent auch eine Vertretung bestellt. Eine Entlastung der Gleichstellungsbeauftragten von anderen dienstlichen Aufgaben findet in Dienststellen ohne feste Regelungen zum zeitlichen Umfang der Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte bzw. -beauftragter nur in einem geringen Ausmaß statt.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Positiv zu bewerten ist, dass in einem Großteil der Gleichstellungskonzepte Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit enthalten sind. Hinzu kommt die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt, insbesondere der Ausbau des mobilen Arbeitens und der Telearbeit, sowie die digitale Teilnahmemöglichkeit an Terminen. In drei von vier Dienststellen besteht die Möglichkeit zu Wohnraum- oder Telearbeit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Gegenüber 2014 ist die Verbreitung von Wohnraum- und Telearbeit damit insgesamt weiter gestiegen. Die Digitalisierung bietet damit neue Chancen, Karrieren von Personen mit Familienpflichten zu fördern, insbesondere die Möglichkeit, die berufliche Entwicklung unabhängig von einer Beschäftigung in Vollzeit und permanenter Präsenzpflicht in der Dienststelle voranzutreiben.

Hemmnis Datenschutzrecht

79 Prozent der staatlichen Dienststellen, die an der Befragung teilgenommen haben und die einer Verpflichtung zur Erstellung eines Gleichstellungskonzeptes unterliegen, verfügen über ein aktuell gültiges Gleichstellungskonzept. Bei den Kommunen sind es 55,9 Prozent. Ein Grund für die geringere Beteiligung liegt u. a. darin, dass dort die Möglichkeit besteht, per Satzung davon abzuweichen zu können, ein Gleichstellungskonzept zu erstellen. Problematisch ist jedoch, dass 21 Prozent der Dienststellen des Freistaates Bayern ihrer gesetzlichen Verpflichtung nicht nachgekommen sind. Und 14,5 Prozent der Dienststellen des Freistaates besitzen keine Gleichstellungsbeauftragten. Als Hemmnis sowohl für die Erstellung von Gleichstellungskonzepten als auch bei der Datenerhebung zeigte sich das Datenschutzrecht. Denn es fehlt an einer Rechtsgrundlage, die eine Verarbeitung personenbezogener Daten rechtssicher ermöglichte.

Impulse gefragt

Ausschussvorsitzender Wolfgang Fackler (CSU) betonte: „Wir haben eine Vorbildfunktion und wir werden uns nicht auf den Erfolgen, die der Bericht deutlich gemacht hat, ausruhen. Da geht noch mehr. Denn es wurde ebenfalls herausgestellt: Nichts ist Automatismus, sondern wir müssen die Dinge anschieben.“ Tessa Ganserer (Bündnis 90/Die Grünen), stellvertretende Ausschussvorsitzende, forderte eine Novellierung des Gleichstellungsgesetzes: „Wie der Bericht zeigt, kann von echter Gleichstellung nicht die Rede sein.

Frauen müssen sich immer noch zwischen Kindern und Karriere entscheiden. Die Analyse macht deutlich, dass eine Teilzeitbeschäftigung bedeutet, nicht nur auf einen Teil der Besoldung, sondern auch auf Beförderung verzichten zu müssen. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir zu einer Novelle des Gleichstellungsgesetzes kommen werden.“

Sorgenkind Wissenschaft

Auch Dr. Simone Strohmayer (SPD) kritisierte das aktuelle Gleichstellungsgesetz als „zahnlosen Tiger“. Sie ergänzte: „Positiv ist, dass der Frauenanteil im öffentlichen Dienst zunimmt, aber in der Polizei ist der Anteil nur bei 25 % Frauen. Da müssen wir uns Gedanken machen, wie wir zu ausgeglicheneren Verhältnissen zwischen Männern und Frauen kommen.“ Strohmayer empfahl, dass Frauen verstärkt für die Bewerbung von oberen Führungspositionen aufgefordert werden müssten. Die SPD-Fraktion fordert unter anderem, die Anhebung des Frauenanteils auf 50 Prozent in allen Leitungsebenen und die Möglichkeiten von Sanktionen.

Weiterentwicklung des Berichts

Andreas Jäckel (CSU) sprach eine weitere Empfehlung aus: „Wir brauchen ein Umdenken in der gesamten Gesellschaft, denn jeder muss auch zu diesen Themen stehen. Deshalb müssen wir mit solchen Berichten nachschärfen.“ Dr. Wolfgang Heubisch (FDP) bezog sich auf die Defizite im Bereich der Wissenschaft: „Auf der Ebene der Professoren ist der Frauenan-

WebSeminarreihe des DWA Landesverbands Bayern:

Wassersensibles Planen und Bauen

Die WebSeminarreihe „Zusammenarbeit von Kommunen und Ingenieurbüros bei Wasserbauprojekten“ richtet sich an alle Beteiligten am Planungsprozess wasserbaulicher Projekte. Ziel ist es, wichtige Hinweise sowie gute Praxistipps zu geben, die zum gegenseitigen Verständnis und erfolgreichem Management der Schnittstellen führen sollen. Zahlreiche Erfahrungsberichte und konkrete Anwendungsbeispiele zeigen den Weg zu guten Lösungen auf. Inhaltlich bilden die vier WebSeminare den chronologischen Ablauf von den ersten Planungsüberlegungen bis hin zur fertigen Maßnahme ab.

Die WebSeminarreihe findet an folgenden Terminen statt:

- Teil A „Planungsphase 0“: 22. Juni 2021, 9-11 h
- Teil B: „Planungsprozess“: 29. Juni 2021, 9-11 h
- Teil C „Bauausführung“: 13. Juli 2021, 9-11 h
- Teil D „Betrieb, Überwachung und Unterhaltung“: 13. Juli 2021, 13:30-15:30 h

Weitere Informationen sowie Anmelde-möglichkeiten finden Sie unter <https://www.dwa-bayern.de/de/webseminarreihe-wasserbau.html>.

teil nur bei 20 %, da sind wir in Bayern da schlusslicht. Doch gerade bei den Frauen liegt für die zukünftige Entwicklung unglaubliches Potenzial.“

Der vorliegende Untersuchungsbericht wurde durch das unabhängige Internationale Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH (INIFES) erstellt. Der Gleichstellungsbericht bilanziert die Erreichung der Ziele des Gleichstellungsgesetzes im Zeitraum zwischen den Jahren 2014 bis 2018 sowie die Entwicklung seit dem vorangegangenen 5. Bericht (Berichtszeitraum 2009 bis 2014). Erstmals wurde in diesem Bericht zur Beurteilung der Beteiligung von Frauen auf Führungsebene für die Staatsverwaltung neben den Frauen- und Männeranteilen in Führungspositionen jeweils die Frauen- und Männeranteile in der Vergleichsgruppe ausgewiesen.

Hintergrund: Das Gleichstellungsgesetz

Zielvorgaben des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes von 1996 sind die Erhöhung des Frauenanteils in den Bereichen, in denen Frauen in erheblicher Zahl beschäftigt sind als Männer, die Sicherung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit dem Änderungsgesetz aus dem Jahr 2006 wurden als weitere Zielvorgaben aufgenommen: Förderung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, das Hinwirken auf Beseitigung bestehender Nachteile sowie die Berücksichtigung der Chancengleichheit in allen Aufgabenbereichen als durchgängiges Leitprinzip.

Antisemitismus ist der Kitt für Verschwörungstheoretiker

Welche Rolle spielten 2020 die Corona-Proteste in Bezug auf Antisemitismus in Bayern, wie haben sich die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr entwickelt und welche Konsequenzen müssen Politik und Gesellschaft daraus ziehen? Antworten auf diese Fragen gaben verschiedene Diskussionsteilnehmer im PresseClub in München. Deutlich wurde: Der Antisemitismus hat in Bayern durch die Corona-Krise erheblich an Bedeutung gewonnen.

In Deutschland stieg die Zahl antisemitischer Straftaten im vergangenen Jahr auf insgesamt 2.275 und in Bayern auf 353 weiter deutlich an. Für das Jahr 2020 erfasste die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) 239 antisemitische Vorfälle im Freistaat, 55 mehr als im Vorjahr. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg von verschwörungsideologisch geprägten Vorfällen im Zusammenhang mit der Coronapandemie. Das geht aus dem aktuellen RIAS Bayern-Jahresbericht hervor. Über die Entwicklungen und Ergebnisse diskutierten Dr. Annette Seidel-Arpaci, Leiterin von RIAS Bayern, Carolina Trautner, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Landesverbandes der Israelitischen Kulturgemeinden in Bayern sowie Dr. Ludwig Spaenle, Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, im PresseClub in München.

Antisemitismus als Fundament für Demos

RIAS Bayern ist die vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales geförderte und beim Verein für Aufklärung und Demokratie e. V. (VAD) angesiedelte Meldestelle für antisemitische Vorfälle in Bayern. Insgesamt wurden ein Angriff, zehn Bedrohungen, 13 gezielte Sachbeschädigungen,

zählungen mit Coronabezug äußerte. Hier wurden mit 81 Vorfällen mehr als doppelt so viele Fälle wie im Vorjahr registriert.

Bei über der Hälfte der bekannt gewordenen Fälle spielte der antisemitische Bezug auf den Nationalsozialismus und die Ermordung der europäischen Juden eine Rolle. Wie bereits 2019 liegt dieses Motiv den meisten antisemitischen Vorfällen zugrunde. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Landesverbandes der Israelitischen Kulturgemeinden in Bayern, forderte von Polizei und Justiz ein konsequentes Vorgehen gegen diese Art der Volksverhetzung: „Den Antisemitismus der Corona-Leugner halte ich für brandgefährlich, weil sich hier Milieus von Rechts bis Links verbinden. Leider können wir nicht davon ausgehen, dass dieser Hass mit dem Ende der Pandemie verschwindet.“

Verfassungsschutz warnt vor Instrumentalisierung

Diese Einschätzung Schusters wird derzeit auch länderübergreifend, beispielsweise von NRW-Verfassungsschutzchef Burkhard Freier, bestätigt: „Es muss damit gerechnet werden, dass die aktuelle Anti-Corona-Bewegung sich jederzeit auch ein anderes Vehikel suchen wird, um die demokratiefeindliche und sicherheitsgefährdende Haltung gegenüber Staat und demokratisch legitimierte Einrichtungen und Institutionen zu zeigen“, sagte er der „Kölnischen Rundschau“. Freier warnte davor, dass Rechts-extremisten die Corona-Proteste weiter instrumentalisieren. Ihre Versuche, das Vertrauen in die demokratische Ordnung zu erschüttern, stießen zunehmend (Fortsetzung auf Seite 5)

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Saft
90562 Kalchreuth
am 26.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jakobus Kötzner
96158 Frensdorf
am 15.5.

Bürgermeister Norbert Riepl
82294 Oberschweinbach
am 18.5.

Bürgermeister Georg Straub
97618 Hohenroth
am 25.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Fischer
86381 Krumbach
am 14.5.

Landrat Martin Bayerstorfer
85435 Erding
am 21.5.

Bürgermeister Rainer Schnitzler
82343 Pöcking
am 22.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Irmgard Eberl
94437 Mamming
am 16.5.

Bürgermeister Martin Höck
82399 Raisting
am 18.5.

Bürgermeister Rüdiger Probst
91489 Wilhelmsdorf
am 19.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Max Kofler
84174 Eching
am 18.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Florian Gallus
91788 Pappenheim
am 22.5.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Sebastian Thaler
85386 Eching
am 13.5.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Nachhaltige Finanzwirtschaft – aber mit Sinn und Verstand

Von Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern

Auch wenn noch immer nicht für jeden von uns offensichtlich – der Handlungsdruck angesichts des Klimawandels steigt in allen Bereichen der Gesellschaft gewaltig. Der Prozess des Umdenkens hat längst begonnen und das Ziel ist kein geringeres als die Lebensgrundlagen der Menschheit zu bewahren. Es wird für uns noch spürbarer, seit Brüssel die Ampel auf Veränderung geschaltet hat und 2019 den „Green Deal“ ausgerufen hat. In den kommenden Jahren muss erheblich mehr Kapital in nachhaltige Investitionen fließen als bisher, damit die ehrgeizigen Ziele erreicht werden können: Die EU will Klimaneutralität bis 2050 erreichen. Staaten, Unternehmen und institutionelle Anleger, private Investoren und Geldanleger sowie nicht zuletzt Kreditinstitute sollen nun gemeinsam dazu beitragen, die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft in Europa voranzutreiben.

Über die Offenlegung von Umwelt- und Klimarisiken in Wertschöpfungsketten und klare Vorgaben will Europa nachhaltige Investitionen steigern. Diese ganzheitliche Betrachtungsweise bezieht also konsequent auch uns Finanzdienstleister mit in das Vorhaben ein. Aus der Logik des Systems: Kreditinstitute verfügen über gleich mehrere Hebel, um den Plan in die Fläche zu bringen – wenn man also Umwelt- und Klimarisiken in sämtliche Anlage- und Kreditvergabeprozesse mit einbezieht, so könnten nachhaltige Investitionen enorm beschleunigt werden.

Gesetzespakete im Werden

Mit dem „Action Plan on Sustainable Finance“ hat die EU-Kommission bereits 2018 eine umfangreiche Gesetzesinitiative gestartet, mit der die Nachhaltigkeit im Finanzwesen und in der Unternehmensführung eingefordert werden soll. Er nimmt jetzt immer mehr konkrete Gestalt an, im März ist gerade die europäische Offenlegungsverordnung als einer von vielen Bausteinen in Kraft getreten. Eine europäische Sustainable Finance Strategie steht vor der Tür, eine deutsche wurde gerade von der Bundesregierung vorgelegt. Geplant ist ein logisches System – mit dem Kapitalströme in ganz Europa gelenkt werden, Nachhaltigkeit ein Teil des Risikomanagements wird und alle Marktteilnehmer (in der EU!) nach einer gemeinsamen Taxonomie transparent darlegen, wo sie bis wann die vorgegebenen Standards erfüllen. Viele Player sollen sich hier gegenseitig stimulieren.

Hoher Druck für Banken als Transmissionsmechanismus

Das Vorhaben wirkt zunächst stringent und eindeutig. Allerdings sollte die Politik bedenken, dass Kreditinstitute zwar eine bedeutende Rolle für die Transformation zu einer klimafreundlichen und nachhaltigen Wirtschaft spielen, vor allem aber die Realwirtschaft den Ausschlag für die klimaschonende Anpassung der Produktionsprozesse und Produkte gibt. Bereits jetzt ballen sich die bürokratischen Herausforderungen aus den Regelwerken – besonders für kleine und mittelgroße Kreditinstitute als Kreditgeber der mittelständischen Unternehmen: Enorm umfangreiche Definitions- und Dokumentations- und Berichtspflichten, neue Anforderungen an das Risikomanagement und den dazugehörigen enormen Personalaufwand. Denn die Aufsicht – EZB und BaFin – gibt eine wirklich neue Marschrichtung vor, die erst einmal verarbeitet werden muss. Der begonnene Transformationsprozess der Finanzwirtschaft betrifft fast alle Unternehmensbereiche, von der Kundenberatung über die Kreditvergabe bis zur Banksteuerung. Um die neuen Berichts- und Offenlegungspflichten zu implementieren

benötigen alle Institute ausreichend Zeit. Der politische Druck führt derzeit dazu, dass die Regelwerke in hohem Tempo konkretisiert werden.



Prof. Dr. Ulrich Reuter.

Bild: Sparkassenverband Bayern

Erneut fehlende Proportionalität

Die resultierende Umsetzungsvielfalt und kurze Umsetzungsfristen bereiten mit Blick auf Kapazitäten und Budgets allen Kreditinstituten bzw. Unternehmen Sorge. Zu wenig Differenzierungen nach Risiko- und Größenordnung der einzelnen Institute führen beim Aufbau der neuen internen Systeme aber erneut zu unverhältnismäßig hohen Belastungen der kleinen Häuser. Regionalinstitute wie die Sparkassen müssen sich in weiten Teilen genauso wie Großbanken nach den neuen Standards ausrichten und ihre Geschäftsprozesse anpassen. Wichtig wären hier angemessene, ggf. sogar gestaffelte Umsetzungsfristen, orientiert am Geschäftsvolumen und damit am Einfluss auf die Nachhaltigkeit sowie an der Leistungsfähigkeit. Die Last des Umbaus darf nicht auf der untersten Ebene der Finanzwirtschaft abgeladen werden.

An dieser Stelle sei mir eine Analogie zur Finanzkrise und der daraus folgenden Regulierungswelle erlaubt: Damals waren die Sparkassen nicht Verursacher, sondern anerkannt ein stabilisierender Faktor in der Krise – und doch haben sie regulatorisch eine ähnliche Zeche bezahlt wie Großbanken. In der Nachhaltigkeitsdiskussion gehören die Sparkassen erneut nicht zu den Playern, die kurzfristige, gesellschaftsschädigende Entwicklungen vorangetrieben haben. Es wäre also mehr als nur angemessen, ihre Belastung aus der Umsetzung der neuen Regelwerke zu relativieren und zeitlich zu strecken.

Sparkassen: Aus Tradition nachhaltig

Gerade in kritischen Zeiten wie der Niedrigzinsphase oder in der aktuellen Pandemie-Situation zeigen Sparkassen ihre regionale Stärke. Sie sind keine „normalen“ Banken. Sie gehören nicht renditeorientierten

Anteilseignern, sondern werden von den örtlichen Kommunen getragen und gehören damit den Bürgern. Für sie erfüllen die Sparkassen nachhaltig und gemeinwohlorientiert ihren Auftrag zur stabilen finanzwirtschaftlichen Versorgung ihrer Heimatregionen. Das ist ihre soziale und gesellschaftliche Verantwortung neben den ökonomischen Notwendigkeiten. Damit sind die Sparkassen seit ihrer Gründung vor rund 200 Jahren nachhaltig im Rahmen der ESG-Kriterien. Mit ihrer breit getragenen Selbstverpflichtung für klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften bekennen sie sich heute außerdem zum aktiven Einsatz gegen den Klimawandel und achten zunehmend auf Nachhaltigkeitsaspekte in Produkt- und Risiko- steuerung. Die Sparkassen wollen ihren Beitrag zu gesellschaftlichen Aufgaben leisten, so wie sie es seit 200 Jahren tun. Als Kreditinstitute liegt ihre ureigene Aufgabe allerdings in der Versorgung der Menschen und Unternehmen in ihren Geschäftsgebieten mit Finanzdienstleistungen.

Kreditwirtschaft als Hebel?

Natürlich ist es gangbar, im Einsatz gegen den Klimawandel auch die Hebel von Geldpolitik, Kapitalmarkt und Bankenaufsicht zu nutzen. Vorrangige Aufgabe von Institutionen der Geldpolitik ebenso wie von Banken und Sparkassen ist aber gerade derzeit eine andere: Wir brauchen z.B. eine stabile Finanzpolitik als Rahmen für eine solide Kreditversorgung von Mittelstand und Bürgerschaft während der Pandemie-Zeit und danach. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu früh zu viel zur gleichen Zeit wollen. Auch der Grundsatz 'ein Ziel – eine Politik' sollte nicht vergessen werden, wenn wir wirksam unterschiedliche Ziele in Einklang bringen wollen. Mithilfe der Kreditvergabe Klimaziele erreichen zu wollen bedeutet, politische Maßnahmen nicht direkt am Problem anzusetzen, sondern über Bande zu spielen. Zielgerichtete Regulierung müsste aber direkt, klar und angebotsorientiert sein.

Ein kleiner regulatorischer Exkurs: Die Vorreiterrolle der EU in Ehren – aber wäre es nicht sinnvoller, die Taxonomie-Verordnung als globales Instrument zu

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind nicht nur erste Ansprechpartner in der Politik, sondern auch greifbarste Repräsentanten des Staates. Eine große Bürgernähe und der direkte Draht zu den Menschen sind Markenzeichen unserer Mandatsträger sowie Gewinn für die Mitmenschen vor Ort.

Doch auch die Nähe hat klare Grenzen. Wenn aus der greifbaren Nähe eine tätige Handgreiflichkeit oder persönliche Bedrohung gegen politische Repräsentanten wird, dann ist eine rote Linie überschritten. Die Corona-Krise hat, laut einer aktuellen Umfrage unter 1.600 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern dazu geführt, dass diese Grenze vermehrt überschritten wird. In einer deutschlandwei-

Kommunalpolitiker schützen:

Hass und Hetze klare Grenzen setzen

ten Umfrage gaben 72 % der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an, dass sie schon einmal beleidigt, beschimpft, bedroht oder tätlich angegriffen wurden.

Hass und Hetze sind auch längst kein Großstadt-Phänomen mehr. In Gemeinden unter 20.000 – und insbesondere unter 5.000 Einwohnern gab es in diesem Jahr einen sprunghaften Anstieg von verbalen und tätigen Angriffen gegen die Bürgermeister. Auch sind rund 80 % der Kommunen in Deutschland im Jahr 2021 von Hass und Hetze betroffen.

etablieren? Europäische Unternehmen bzw. ganze Industriezweige würden sonst im weltweiten Wettbewerb übermäßig mit Dokumentations- und Berichtspflichten belastet, die weder den realen Umbau hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft vorantreiben noch Marktvorteile schaffen.

Kein zahnloses Bürokratie-Monster schaffen

Im Umbau der gesamten Volkswirtschaft Europas zu mehr Nachhaltigkeit spielen die Finanzinstitute letztlich nur eine mittelbare Rolle. Damit sie aber auch in Zukunft ihre Leistungsfähigkeit – gerade in der durch die EZB geschaffenen Negativzinsumgebung – erhalten können, dürfen sie und ihre Kunden jetzt nicht in den Kampf mit dem nächsten „Bürokratie-Monster“ geschickt werden. Für Anleger sind zuletzt mit MiFid II Dokumentations-Organen ausgelöst



KOLUMNE
Stefan Rößle

Alle Daten und Werte der Umfrage zeigen eine klare Tendenz: Die verbalen und tätigen Angriffe auf Kommunalpolitiker nehmen deutlich zu, betreffen immer mehr und auch kleinere Kommunen. Die Corona-Krise, so eine Kernaussage der Umfrage, habe Hass und Gewalt gegen Mandatsträger weiter befeuert. Das ist eine beunruhigende Erkenntnis.

Die Landratsämter – ebenso wie die Rathäuser – tragen insbesondere in der Pandemie Verantwortung für die Gesundheit der Menschen

vor Ort. Sie sorgen gemeinsam für die korrekte Einhaltung der Corona-Bestimmungen, müssen immer wieder neue gesetzliche Regeln umsetzen und den Bürgern die einzelnen Maßnahmen vermitteln. Das macht die kommunalen Mandatsträger zur Projektionsfläche für politischen Unmut, der, nach der aktuellen Umfrage, vermehrt in Hass und Gewalt gegen sie umschlägt.

Ich persönlich sehe die vermehrten Angriffe und die gestiegene Gewaltbereitschaft gegen Kommunalpolitiker mit großer Sorge. Als KPVB setzen wir uns seit Jahren für einen besseren Schutz unserer politischen Mandatsträger vor Ort ein. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir in Zukunft weitere Mittel und neue Wege finden müssen, um unsere Kommunalpolitiker aktiv zu schützen, vor denen, die keine klaren Grenzen kennen.

Die gute Nachricht zum Schluss: Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger kennt die Grenzen und weiß die hohe Bürgernähe der Mandatsträger zu schätzen.

Bleiben Sie gesund.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Schritt in die falsche Richtung. Selbst wenn die Zielsetzung im Grunde gut gemeint ist, besteht die Gefahr, dass es durch die bürokratische Belastung des Kreditvergabeprozesses zu weniger mittelständischen Unternehmensfinanzierungen käme.

Komplikationen entstehen auch dadurch, dass die Qualifizierung grüner Investments nicht immer trennscharf ist – man denke etwa an den Bereich Atomenergie oder die „nicht-grüne“ Herstellung von Windkraftträgern. Klare und beherrschte Investitionsentscheidungen aber sind es, die das volkswirtschaftliche Wachstum und den Pfad zur Klimaneutralität tragen.

Daher mein Plädoyer: Wir müssen und wollen das Klima retten, doch tun wir das besser nicht mit überschüssigem Regulierungs-Aktionismus, sondern mit Sinn und Verstand! Die bayerischen Sparkassen sind bereit, hier ihren Beitrag zu leisten. □

Ich lese die GZ

» ... da ich auch nach 36 Jahren in kommunalen Mandaten der Kommunalpolitik immer noch leidenschaftlich verbunden bin. «

Dr. Siegfried Balleis

Alt-OB Erlangen und ehrenamtlicher Botschafter des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für den Bereich kommunale Entwicklungszusammenarbeit



Europapolitik in ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Abschluss von CETA, dem neuen Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, das seit mittlerweile drei Jahren greift, liege derzeit der Mercosur-Handelsvertrag auf dem Tisch. Dieser Vertrag würde vier Milliarden Euro Zölle pro Jahr streichen – so viel wie kein anderes Abkommen der EU. Und doch ist die Vereinbarung mit dem südamerikanischen Wirtschaftsblock Mercosur hochumstritten. Mitgliedstaaten, EU-Parlament und nationale Parlamente müssten zustimmen, damit das Abkommen in Kraft tritt.

Wachstum außerhalb Europas

Weber zufolge „wird das Momentum, offen für den Weltmarkt zu sein“, nicht fortgeführt. Ihm als „Bayer und Europa“ mache dies große Sorgen, weil 90 Prozent des Wachstums in den nächsten zehn Jahren außerhalb Europas stattfinden werden. „Sind wir dann nicht mit modernen Handelsverträgen dabei, machen andere die Geschäfte in Afrika und Südamerika. Dabei sind wir stark exportabhängig.“

Mit Blick auf das „große Gesetzgebungsthema“ Digitalisierung beleuchtet die MdEP zunächst den Umgang mit öffentlichen Daten. Europa verfüge hier über einen riesigen Datenschatz (siehe Gesundheitsdaten), der allerdings nicht genutzt werde. Daten sollten laut Weber anonymisiert bereitgestellt werden, um Forschung zu ermöglichen. Schließlich würden sie auch Facebook und Co. zur Verfügung gestellt. „Wir brauchen hier einen Durchbruch. Das ist eine Riesensache für Europa“, so der Abgeordnete.

Darüber hinaus wäre eine Digitalsteuer nach Webers Dafürhalten nur gerecht. So sollten auch diejenigen ihren Beitrag zum Schuldenabbau leisten, die von Corona wirtschaftlich profitieren. Die 13 größten Online-Plattformen der Welt, allen voran Amazon, verzeichneten 2020 ein Einnahmeplus von 25 Prozent. Im krassen Gegensatz dazu steht das Ausbluten der Einzelhändler in den Innenstädten.

Europäischer Green Deal

„Eine Schlacht gewonnen“ wurde dagegen bereits in punkto Green Deal. Europäischer Rat, EU-Parlament und EU-Kommission einigten sich auf ein EU-Klimagesetz, mit dem nun das rechtliche Fundament für den Europäischen Green Deal gelegt ist. Es bestimmt, dass die EU bis 2050 klimaneutral werden muss, und sieht ein verbindliches Klimaziel bis 2030 vor. Demnach sollen die EU-internen Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 sinken. Damit muss die Europäische Union ihre Volkswirtschaften auf CO₂-freie Industrie, Strom- und Wärmeerzeugung, Elektroautos sowie eine klimafreundliche Bau- und Landwirtschaft umstellen.

Nach Webers Einschätzung wurden damit „Ambition und Vernunft“ bestätigt und nicht die Ideologie der Grünen und Linken. Diese hatten 65 Prozent weniger gefordert. Um das neue, ambitioniertere 2030-Klimaziel umzusetzen, wird die EU-Kommission im Juni eine Reihe von Legislativvorschlägen zur Anpassung der bestehenden EU-Klima- und Energiegesetzgebung vorlegen.

Weber wünscht sich „Vernunft vor Ideologie“ bei der Transformation der Autoindustrie. Ausdrücklich sprach er sich gegen ein Verbot von Verbrennungsmotoren aus; dies wäre „ein schwerer Schaden für die

deutsche und europäische Autoindustrie“. Nach einer Studie des Münchner ifo-Instituts gingen so allein hierzulande über 220.000 Arbeitsplätze verloren, verbunden mit erheblichen Folgen gerade für die mittelständisch geprägte Zulieferbranche.

Zwar wolle Europa der erste Kontinent sein, der ohne klimaschädliche Gase auskommt. Dabei müsse die Balance zwischen Ökologie und Ökonomie geschaffen werden. In puncto Regulation der Autoindustrie bedeute dies, dass der Gesetzgeber die Daumenschrauben zwar anziehen müsse, damit sich die Konzerne bemühen und innovative Lösungen schaffen, aber auch nicht zu stark überdrehen dürfe, damit keine Arbeitsplätze verloren gehen und andere Produktionsstandorte in China oder den USA profitieren. Wichtig sei der Dialog zwischen wirtschaftlicher und ökologischer Position.

Im Hinblick auf die geplante Anhebung des EU-Treibhausgasreduktionsziels gerät der Gebäudebereich verstärkt ins Visier der EU. Die Kommission hat ihre Strategie für eine „Renovierungswelle“ zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden in Europa veröffentlicht. Eine Renovierungsquote in den nächsten zehn Jahren soll sich mindestens verdoppeln und so die Lebensqualität der Menschen verbessern, die Treibhausgasemissionen in Europa verringern und die Digitalisierung fördern. Auch hier sprach sich Weber gegen Regulatorik und Vorgabequoten aus und plädierte stattdessen für eine Steuerung über den CO₂-Preis.

„Politische Spannungen und zunehmende wirtschaftliche Divergenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und aggressive Wettbewerber wie China und Russland fordern die Gemeinschaft in ihrem Kern heraus. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen“, bilanzierte Weber. Die Antwort könne nur eine Stärkung Europas sein: „Wir müssen die EU in den Bereichen zukunftsfest machen, in denen ein konkreter Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger entsteht. Das gilt vor allem für Klimaschutz, Digitalisierung, Binnenmarkt, aber auch für bestimmte Bereiche der Gesundheitspolitik.“

Soziale Balance

Mit Blick auf den Bundestagswahlkampf erachtet es der CSU-Politiker als sinnvoll, sich der sozialen Balance zuzuwenden. Die Corona-Pandemie habe dazu geführt, dass die Reichen massiv an Wohlstand gewonnen. Andererseits seien zunehmend prekäre Verhältnisse zu beklagen. Die Kluft zwischen Arm und Reich werde größer.

Grundsätzlich rief Weber CDU und CSU dazu auf, sich im Bundestagswahlkampf von den Grünen beispielsweise beim Thema Klimaschutz abzugrenzen. Einen reinen Klimaschutzwahlkampf zu betreiben, wäre aus seiner Sicht fatal. „Ehrlichkeit und Mut“ laute die Maxime. Der Bürger müsse darüber aufgeklärt werden, dass die nächsten zehn Jahre massive Veränderungen auf ihn zukommen.

KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle teilte diese Meinung. Die CSU brauche den „Mut zur Abgrenzung, zur Auseinandersetzung, zur Debatte und zur Ehrlichkeit“. Wichtig sei ein „Markenkern“. In das KPV-Positionspapier zur Bundestagswahl werden Rößle zufolge unter anderem die Themen Digitale Offensive, Verkehr und Mobilität, Kommunalfinanz, Soziales, gleichwertige Lebensverhältnisse, Gesundheit sowie Wohnungspolitik einfließen. **DK**

Sebastian Franz ist neuer KPV-Landesgeschäftsführer

Personalwechsel in der KPV-Geschäftsstelle: Im Rahmen der Videokonferenz des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses wurde der langjährige KPV-Landesgeschäftsführer Jörg Kunstmann mit großem Applaus verabschiedet. Er fungiert künftig als Leiter der CSU-Außenorganisation.

KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle bezeichnete den gebürtigen Kulmbacher und stellvertretenden Landrat als „grenzenlos fleißig und loyal“. Sieben Jahre lang habe dieser mit viel Herzblut agiert und ihn, Rößle, hervorragend unterstützt. Die Zusammenarbeit sei immer vertrauensvoll gewesen, ihr Verhältnis längst freundschaftlich, wie Kunstmann betonte. Es falle ihm sehr schwer, sein Amt abzugeben, aber das „Zeitbudget“ lasse keine andere Wahl.

Sein Nachfolger Sebastian Franz kann in der Landesgeschäftsstelle bereits auf eine zweijährige Tätigkeit als Werkstudent verweisen. Der 30-Jährige betrachtet sein neues Amt als „Teil meiner politischen Leidenschaft“, die er als Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat und Chef der CSU Holzkirchen auslebe. Nach eigenem Bekunden wurde Franz „ein tadelloser Übergang“ ermöglicht. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss und sei bestrebt, neue Ideen einzubringen. **DK**

Kommunen zukunftsfest ...

(Fortsetzung von Seite 1)

das Minus im ersten Quartal im Schnitt vier Prozent.

Die Kombination von steigenden Ausgaben und sinkenden Steuereinnahmen führt laut Bayerischem Städtetag in kommunalen Verwaltungshaushalten zu gewaltigen Finanzierungslücken. Wenn Kommunen ihre Aufgaben nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren können, müssten dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur aufgeschoben werden. Dies sei in der aktuellen Zeit des wirtschaftlichen Konjunkturreinbruchs ein falsches Signal.

Um die Konjunktur wieder zu beleben, seien gerade jetzt öffentliche Investitionen nötig. Mit ihren Investitionen und Projekten, wie etwa den Bau von Schulen und den Ausbau der Infrastruktur, setze die kommunale Ebene wichtige Impulse für die heimische Wirtschaft. Pannermayr: „Wir müssen unsere Kommunen in Krisenzeiten aktionsfähig halten und zukunftsfest machen. Ein handlungsfähiges Land benötigt gerade in Krisenzeiten die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge und funktionstüchtige Strukturen mit Feuerwehr, Katastrophenschutz, Krankenhaus und Rettungsdiensten.“

Den Wandel gestalten

Einschneidende Änderungen für die Städte stehen aus seiner Sicht bei Digitalisierung und Online-Handel, dem demografischen Wandel und einer flexiblen Arbeitswelt mit Home-Office sowie geänderten Lebens- und Kaufgewohnheiten an. Der Lock-Down beschleunige Entwicklungen und zeige Problemfelder wie unter einem Brennglas. Allerdings sei der Wandel nicht ungewohnt: „Städte haben im Laufe der Geschichte immer wieder Umformungen erlebt, sie haben sich an neue Rahmenbedingungen angepasst und haben mit ihrer Einwohnerschaft den Wandel gestaltet.“

Umgestaltung der Ortskerne

Die Automobilisierung in den 1960er Jahren habe die Gestalt der Städte ebenso beeinflusst wie die Einführung der Fußgängerzonen seit den 1970er Jahren. In den vergangenen Jahrzehnten breiteten sich europäische oder globale Filialisten und Markenläden aus und verdrängten inhabergeführte Traditionsläden. Heute sei vom Ende des Konzepts Kaufhaus zu hören, viele Filialen schließen. „Wir denken über die Umgestaltung der Innenstädte nach. Der strukturelle Wandel verläuft von Stadt zu Stadt unterschiedlich, da Rahmenbedingungen

örtliche Gegebenheiten und Einwohnerzahlen verschieden sind“, betonte der Vorsitzende. Letztlich könne der Prozess des Wandels, so schmerzhaft er ist, eine Chance auf Gestaltung geben. Improvisation und die Suche nach kreativen Lösungen könnten viel Positives bewirken.

Mehr Raum für Wohnen im Zentrum

Heute erscheint die Funktionseinheit der Stadt von einst als möglicher Orientierungspunkt: Die Einheit von Leben und Arbeiten gewinnt an Bedeutung. Einige Handelsketten und Filialisten geben ihre Standorte auf und setzen auf Online-Handel, mehrstöckige Wohnhäuser reduzieren sich auf das Erdgeschoss oder geben auf. Wie Pannermayr erläuterte, könnte es nach dem Vorbild der Stadt von einst wieder mehr Raum für Wohnen im Zentrum geben – unten das Geschäft, oben die Wohnung. „Es bieten sich neue Nutzungen mit kleinem Handwerk, Kunsthandwerk, Kultur- und Kreativwirtschaft, inhabergeführten Läden und Geschäften für Regionalprodukte, die sich gut in das Angebot regionaler Wochenmärkte einfügen. Ein weiterer Trend ist die ‚Mediterranisierung‘, sprich das Leben im Freien mit Cafés, mit Gasthaus-Tischen unter freiem Himmel.“

Auch die städtischen Plätze können lebendiger werden, in dem Open-Air-Konzerte und Kabarett, Freiluftkinos, Stadtstrände, temporäre Spiel- und Sportflächen neue Nutzungsmöglichkeiten für die Innenstädte eröffnen. Im Sommer 2020 habe die Corona-Pandemie dazu geführt, dass mehr Experimente für Freiluft-Gastronomie gewagt wurden. So verschwanden Parkplätze am Straßenrand zeitweise zugunsten von Restaurantflächen nach italienischem Vorbild.

Experimentierfreude

Pannermayrs Botschaft: „Wo es möglich und sinnvoll ist, sollte man versuchen, mit Mut, Improvisation und Experimentierfreude den Innenstädten neuen Schwung zu geben. Letztlich bleibt über all dem Wandel der Stadt eines bestehen: Innenstädte und Ortskerne sind Herz und Gesicht unserer Städte und Gemeinden. An diesen Orten leben wir, erleben wir und begegnen wir uns. Innenstädte erfüllen nicht nur Funktionen für Arbeit, Wohnen oder Handel, sie sind Begegnungsorte und lösen Emotionen aus.“

„Sehr nah an den Überlegungen des Bayerischen Städtetags“ ist Pannermayr zufolge der Sonderfonds „Innenstädte be-

Stark im Amt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

rohung reagieren. Wir müssen verlorene Zivilität zurückerobern! ‚Stark im Amt‘ ist ein Anfang.“ „Wir stehen als Städte ein für Demokratie und einen respektvollen Umgang miteinander. Wir müssen konsequent dagegenhalten, wenn Menschen in der Kommunalpolitik verhöhnt, beleidigt oder gar angegriffen werden“, erklärte Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetags.

Strafrechtliche Relevanz und gesellschaftliche Ächtung

Aus Sicht von Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistages, „sind Attacken auf Landrätinnen und Landräte, ehrenamtliche Mitglieder der Kreistage oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kreisverwaltungen nicht nur strafrechtlich relevant, sondern müssen auch gesellschaftlich geächtet werden“. Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, betonte: „Angriffe und Bedrohungen gegen Kommunalpolitiker/-innen treffen ins Mark unserer Demokratie. Wir müssen alles daransetzen, ihnen den Rücken für ihr tägliches Engagement zu stärken und sie vor Angriffen und Bedrohungen im täglichen Leben und im Netz besser zu schützen.“

Persönliche Konsequenzen

Laut Umfrage ist in Deutschland mehr als die Hälfte der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (57 Prozent) schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden. Die Mehrheit der Befragten (68 Prozent) hat aus Sorge vor Beleidigungen oder Angriffen sogar ihr Verhalten geändert. Mehr als ein Drittel (37 Prozent) verzichtet weitgehend auf die Nutzung sozialer Medien.

Bereits ein Fünftel der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (19 Prozent) hat aus Sorge um die eigene Sicherheit oder die der Familie über einen Rück-

leben“, der kürzlich vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr gestartet wurde: Bayerns Städte, Märkte und Gemeinden erhalten 100 Millionen Euro aus Mitteln der Städtebauförderung. Mit maßgeschneiderten Förderinstrumenten können sie so den Folgen der Pandemie in den Innenstädten und Ortskernen aktiv entgegenwirken.

Förderangebot

Das Förderangebot reicht dabei von städtebaulichen Konzepten zur Weiterentwicklung der Innenstädte, einem städtebaulichen Innenstadtmanagement und einem Projektfonds zur Innenstadtentwicklung bis hin zur vorübergehenden Anmietung leerstehender Räumlichkeiten durch die Gemeinde. Auch die Restrukturierung von Einzelhandelsimmobilien, der Zwischenerwerb leerstehender Einzelhandelsimmobilien, bauliche Investitionen für Zwischennutzungen, kommunale Förderprogramme für Erdgeschossnutzungen oder längerfristige Vorhaben wie bauliche Maßnahmen zur Belebung der Innenstädte können Fördergegenstände des Sonderfonds sein. Die Anmeldung gemeindlicher Bedarfe ist bis 10. Juni 2021 bei den örtlich zuständigen Bezirksregierungen möglich.

Hinweis: Die Vollversammlung des Bayerischen Städtetags wird sich im Juli in Aschaffenburg eingehend mit der Zukunft der Innenstädte befassen. **DK**

zug aus der Politik nachgedacht, ein Drittel (30 Prozent) äußert sich zu bestimmten politischen Themen seltener als früher. Ein Drittel der Betroffenen (35 Prozent) – in größeren Gemeinden mehr als die Hälfte (57 Prozent) – hat wegen dieser erlebten Hass- und Gewalterfahrungen schon einmal Anzeige erstattet. 18 Prozent haben bisher keine Anzeige erstattet und wollen dies auch in künftigen Fällen nicht tun.

Auf die Frage, welche Maßnahmen besonders wichtig sind, um Kommunalpolitiker besser vor Bedrohungen und Übergriffen zu schützen, werden fast alle der zur Bewertung vorgelegten Maßnahmen von einer großen Mehrheit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zumindest als wichtig befunden. Für über 90 Prozent sind eine konsequentere Strafverfolgung von Beleidigungen und Bedrohungen im Internet (97 %) sowie eine Verpflichtung für Betreiber sozialer Netzwerke, strafbare Inhalte dem Bundeskriminalamt zu melden (93 %), wesentlich.

Jeweils 87 Prozent der Befragten finden zudem ein parteiübergreifendes Auftreten des Stadt- bzw. Gemeinderats (sehr) wichtig bei Bedrohungen oder Gewalt gegen Kommunalpolitiker sowie eine Erweiterung des strafrechtlichen Schutzes vor Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens, so dass dieser auch für Kommunalpolitiker gilt. Ebenfalls eine große Mehrheit spricht sich für eine bessere personelle Ausstattung der Polizei bzw. der Strafverfolgungsbehörden in diesem Ermittlungsbereich (80 %) sowie für eine Verschärfung des Strafrechts in Bezug auf Beleidigungen und Bedrohungen aus (75 %). Eine Änderung des Melderechts erachten 34 Prozent als (sehr) wichtig.



Joachim Herrmann. Bild: StMI

Nach Angaben des bayerischen Innenministeriums kam es 2020 im Freistaat zu 835 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger. Das sei dreimal mehr als 2019 mit 272 Fällen von Hass, Bedrohung und Gewalt gegen Politiker. Wie das Haus von Innenminister Joachim Herrmann mitteilte, sei die Steigerung zwar sicher auch auf eine erhöhte Anzeigebereitschaft zurückzuführen, aber dennoch besorgniserregend.

Ein Lichtstrahl am Horizont zeigt sich inzwischen bei der strafrechtlichen Verfolgung: Anfang April trat ein Gesetz in Kraft, das Kommunalpolitiker künftig unter besseren Schutz stellt. Der Paragraph 188 StGB stellt fortan Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens unter Strafe. Bislang waren lediglich Abgeordnete, Spitzenfunktionäre der Parteien und Regierungsmitglieder damit gemeint, jetzt zählen auch Politikerinnen und Politiker auf der kommunalen Ebene dazu. Wer sie attackiert, muss nun mit bis zu fünf Jahren Haft rechnen. **DK**

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Schnelle Hilfe für Kinder und Jugendliche!

Das Präsidium des Deutschen Städtetags hat in seiner jüngsten virtuellen Sitzung Bund und Länder aufgefordert, den Blick für die massiven Folgen der Corona-Lockdowns im Leben von Kindern und Jugendlichen zu schärfen und mit wirksamen Hilfsmaßnahmen gegenzusteuern. Laut Verbandspräsident, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, erlebten Kinder und Jugendliche mehr noch als die meisten Erwachsenen, wie gravierend die Corona-Pandemie ihren Lebensalltag einschränkt.

Lange Phasen des Distanz- oder Wechselunterrichts in Schulen und starke Einschränkungen in Kitas, kaum Treffen mit Freunden, kein Training in den Sportvereinen und abgesagte Gemeinschaftsfahrten forderten ihnen allen viel Verzicht ab, betonte Lewe. Viele könnten keine Zukunftspläne schmieden, weil Ausbildungsplätze schwerer zu finden und die Perspektiven unsicher sind. Dies hinterlässt Spuren in Körper und Seele bei Millionen von Kindern und Jugendlichen.

Milliardenprogramm gefordert

Der Deutsche Städtetag forderte den Bund auf, als ersten Schritt ein Programm von 2 Milliarden Euro aufzulegen, um Kinder und Jugendliche zum Beispiel bei Nachhilfestunden, Sportangeboten, Sommercamps und Sprachschulungen zeitnah zu unterstützen. Dabei gehe es nicht nur darum, Lernrückstände aufzuholen; wichtig sei es, für Viele den Weg zurück in ein unbe-schwertes Aufwachsen zu ebnen. Dabei stünden Bildungschancen ebenso auf der Agenda wie eine gesunde körperliche und seelische Entwicklung.

Lewe zufolge „reichen wir Bund und Ländern die Hand, weil wir die Situation in den Städten kennen. Wir haben gute und effektive Strukturen, um junge Menschen zu unter-

stützen. Wichtig ist es, auf diese Hilfsangebote und Strukturen zurückzugreifen und diese zu stärken. Das sollte der Bund mit seinen Geldern tun, und die Länder sollten dies durch eigene Mittel spürbar ergänzen.“

Familienberatung ausbauen

Konkret empfiehlt der Deutsche Städtetag, die Familienberatung auszubauen und zusätzliche erlebnispädagogische und psychosoziale Angebote für Kinder- und Jugendliche zu schaffen. Hierfür müssten zusätzliche Personalressourcen bei den Trägern der Jugendhilfe mobilisiert werden. Ergänzend zum Unterricht sollten „Study Halls“ organisiert werden, inklusive einer Betreuung, auch außerhalb von Schulen, etwa in Bibliotheken, Jugendzentren und Kultureinrichtungen. Dort könnten Kinder und Jugendliche in Distanz lernen und Hausaufgaben erledigen, die das zu Hause technisch oder aufgrund fehlender Räume nicht können.

Darüber hinaus sollte das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien aufgestockt werden. So könnte die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben verbessert werden. Leistungsberechtigte Kinder und Jugendliche sollten etwa die Chance haben, Sport- oder Musikange-

bote nutzen zu können.

Mehr Schulsozialarbeit

Benötigt werden auch weitere Kapazitäten in der Schulsozialarbeit. Sie seien nötig, um Förderbedarfe bei Kindern und Jugendlichen besser zu identifizieren und in Konfliktsituationen zu helfen. Außerdem sollten die Länder die Kommunen dabei unterstützen, spezifische Förderprogramme für kindgerechte Erholungsmöglichkeiten aufzulegen, beispielsweise für Sommercamps und begleitete Ausflüge. Auch gelte es, Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliches Engagement in den Stadtvierteln zu stärken. Mentoren sollten Kinder und Jugendliche direkt unterstützen können.

Überdies seien Angebote am Übergang von der Schule zum Beruf, wie Praktika und Orientierungskurse, auszubauen. Die Kommunen hätten hier bereits viel Erfahrung, z.B. in den Jugendberufsagenturen. Die Angebote müssten aber aufgrund der schwierigen Situation im Ausbildungsmarkt erweitert werden. Durch die Corona-Krise gebe es derzeit auch zu wenig Praktikumsmöglichkeiten.

Mittelfristig müssen nach Lewes Auffassung vorhandene Strukturen quantitativ und qualitativ gestärkt werden: in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in den niedrigschwelligen Angeboten der psychosozialen Beratungsangebote, Schuldner-

beratung, Erziehungsberatung, Schulsozialarbeit sowie in den Unterstützungsstrukturen der Schulpsychologie. Durch ihr Engagement für Bildungs- und soziale Beratungsangebote hätten die Kommunen viel Erfahrung, um alle zentralen Akteure vor Ort an einen Tisch zu bringen. Ziel müsse es sein, nicht neue Strukturen zu schaffen, sondern bewährte Strukturen zu nutzen und diese auszubauen.

Keine Spaltung in Geimpfte und nicht Geimpfte

Themenwechsel. Im Falle der Aufhebung der Impfpriorisierung sollen nach dem Willen des Kommunalverbandes Corona-Beschränkungen für geimpfte, genesene und getestete Menschen gelockert werden. Dann könnten sich alle Impfwilligen um einen Impftermin bemühen. Solche Lockerungen sollten schrittweise vorgenommen werden. Dabei machte der Deutsche Städtetag auch deutlich, dass ein Urlaub im Sommer ermöglicht werden sollte.

„Je mehr Menschen in den kommenden Wochen geimpft werden, desto drängender wird es, Beschränkungen für Geimpfte aufzuheben“, stellte Verbandspräsident Burkhard Jung (OB Leipzig) fest. „Wir müssen verhindern, dass dabei die Gesellschaft in Geimpfte und Nichtgeimpfte gespalten wird. Deshalb sollten Geimpfte, Genesene und tagesaktuell negativ Getestete gleichbehandelt werden. Getesteten mit zertifizierten Tests sollten also ebenfalls mehr Freiheiten ermöglicht werden. Über solche Lockerungen sollten wir auch Anreize setzen, dass sich mehr Menschen impfen lassen.“ Wird die Priorisie-

rung aufgehoben, könnten sich alle Impfwilligen um ein Impfangebot bemühen. Dann sollten Lockerungen für Geimpfte, Genesene und Getestete schrittweise erfolgen.

Stufenplan

Dabei sollten zentrale und gut kontrollierbare Lebensbereiche im Vordergrund stehen. Der Stufenplan von Bund und Ländern aus März 2021 könne für Öffnungen ein geeignetes Beispiel sein. Hier sollte auch in den Blick genommen werden, den Menschen Urlaub im Sommer zu ermöglichen, so Jung. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass aus Sicht der Städte der von Bund und Ländern verabschiedete Weg einer befristeten bundeseinheitlichen Notbremse richtig sei: „Weil die Infektionszahlen immer noch steigen, brauchen wir jetzt diese Klarheit und Verbindlichkeit. Wenn sich die Infektionslage wieder entspannt, brauchen wir natürlich wieder Gestaltungsspielräume vor Ort.“

Jung zeigte sich optimistisch, dass sich der überwiegende Teil der Menschen impfen lassen werde. Das Impfen sei der Schlüssel, um die Pandemie zu bewältigen. Es gebe Fortschritte, doch das Impftempo müsse deutlich beschleunigt werden. Dafür sei ein entscheidender Schritt, dass die Impfpriorisierung spätestens im Juni aufgehoben werden soll.

Die kommunalen Impfzentren sind aus Jungs Sicht für die kommenden Monate weiter eine „zentrale Säule“. Die Impfzentren und vor allem ihre mobilen Teams spielten auch dabei eine besondere Rolle, zurückhaltende Menschen gezielt niedrigschwellig anzusprechen.

Ärztverband warnt:

Finger weg von Menschenrechten

Empört und erschreckt zeigte sich der Verband der Ärzte für freie Impfentscheidung über einen mehrheitlich gefassten aktuellen Beschluss des Deutschen Ärztetags.

Dort heißt es wörtlich: „Das Recht auf Bildung mit Kita- und Schulbesuch kann im Winter 2021/2022 nur mit einer rechtzeitigen COVID-19-Impfung gesichert werden.“ Konsequenz sei ansonsten ein erneuter Lockdown mit gravierenden Konsequenzen.

„Das Recht auf Bildung und soziale Teilhabe ist unveräußerliches Menschenrecht“, betonen die Mediziner. Schon viel zu lange sei dies Kindern und Jugendlichen ohne wirkliche wissenschaftliche Grundlage entzogen und vorenthalten worden. Dass dieses Grundrecht jetzt an eine politisch gewollte Impfentscheidung geknüpft wird deren Nutzen für die Kinder selbst schlicht fehlt und deren Nutzen für die Gesellschaft mehr als fraglich ist, ist eine indiskutable Forderung und unerträgliche Anmaßung der ärztlichen Kolleginnen und Kollegen.“ □

„Wir brauchen einen breiten Erfolg bei der Impfkampagne, um das Virus zu besiegen. Das gelingt dann besonders gut, wenn wir trotz sozialer Unterschiede Menschen aus allen Bevölkerungsschichten für die Impfung gewinnen“, unterstrich der Städtetagschef. **DK**

Antisemitismus ist ...

(Fortsetzung von Seite 2) mend auf Sympathie bei nicht nicht-extremistischen Gegnern der Corona-Maßnahmen. „Die ursprüngliche Skepsis gegen staatliche Pandemiemaßnahmen entwickelte sich mehr und mehr in eine demokratiefeindliche und sicherheitsgefährdende Haltung“, sagte Freier.

„Gesamtgesellschaftliches Problem“

Laut dem aktuellen Bericht von RIAS Bayern konnten 139 der bekannt gewordenen 239 Fälle (58 Prozent) eindeutig einem bestimmten politischen Hintergrund zugeordnet werden. Mit 78 registrierten Fällen stammte ein Drittel aller Fälle aus dem verschwörungsideologischen Milieu. Diese Kategorie machte 2019 mit zehn Vorfällen nur gut fünf Prozent aus. Während 2019 ein Viertel der Fälle mit einem rechts-extremen/rechtspopulistischen Hintergrund bekannt geworden sind, waren es 2020 noch 18 Prozent. Anders als 2019 standen antisemitische Vorfälle mit einem rechtsextremen/rechtspopulistischen Hintergrund damit 2020 nicht mehr an erster, sondern an zweiter Stelle hinter den Vorfällen mit einem verschwörungsideologischen Hintergrund (33 Prozent). Trautner dankte RIAS Bayern für die wichtige Dokumentation der antisemitischen Vorfälle in Bayern: „Gerade in der jetzigen Corona-Krise geben antisemitische Verschwörungsideologien vermeintlich einfache Erklärungen und Antworten. Dem müssen wir entschieden entgegen treten, denn die Grundpfeiler unserer demokratischen, freiheit-

lichen Gesellschaft dürfen nicht ins Wanken geraten. Die Dokumentation der Straffälle macht das Ausmaß sichtbar und zeigt: Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem.“

Mehr Aufklärung

Spaenle erläuterte im PresseClub, mit welchen Maßnahmen Politik und Gesellschaft dem zunehmenden Antisemitismus entgegen treten müssten. Er nannte Sensibilisierung, Solidarität durch Fachkenntnis und konsequentes Handeln seitens des Rechtsstaates: „Auch unterhalb der Ebene der strafrechtsrelevanten Taten müssen wir eine erschreckende Entwicklung von Judenfeindschaft zur Kenntnis nehmen, wie der Bericht von RIAS Bayern zeigt. Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zum Schutz vor Corona und das Internet sind Treiber dieser Entwicklung. Staat und Gesellschaft müssen dagegen vorgehen. Im Alltag müssen wir zu einer Kultur des Hinschauens und der Solidarität finden. Bei Straftaten ist Repression durch Polizei und Justiz gefragt. Langfristig aber sind Wissen und Bildung der nachhaltigste Weg. Denn Wissen und Bildung ändern das Bewusstsein.“

Antisemitische Vorfälle, auch solche unterhalb der Strafbarkeitsschwelle, können unter www.rias-bayern.de oder per Telefon unter 089/122234060 gemeldet werden. RIAS Bayern existiert seit 2019, befindet sich in der Trägerschaft des Vereins für Aufklärung und Demokratie e.V. (VAD) und wird vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gefördert. □

»Also, ich sehe digitale Verwaltung mit Herzblut.«

Feiern Sie mit uns!
akdb.de/next50
#WirLiebendigitaleVerwaltung

50 Jahre AKDB.
Vieles ist erreicht, doch unsere Mission ist aktueller denn je: eine digitale Verwaltung, von der alle profitieren – Bürger, Wirtschaft und die Verwaltung selbst.

Und was sehen wir, wenn wir in die Zukunft blicken?

Eine leistungsstarke, digital erreichbare Verwaltung. Und Innovationsprojekte, mit denen Demokratie digital und sicher gestaltet wird. Wir freuen uns, all dies mit neuer Kraft und Leidenschaft in die Praxis umzusetzen. Gemeinsam mit Ihnen!



VBS-Forderungen zur Bundestagswahl

Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen hat seine Forderungen für die kommende Bundestagswahl formuliert. Laut vbs-Präsident Otto Heinz „zielen unsere Forderungen darauf ab, die Kreislaufwirtschaft konsequent fortzuentwickeln. Das ist sowohl ökonomisch als auch ökologisch von immenser Bedeutung. Wir werden unsere Forderungen engagiert vertreten, um diese Botschaft zu verankern.“

Aus Sicht der mittelständisch geprägten privaten Entsorgungswirtschaft kann die Kreislaufwirtschaft durch klugen Einsatz von Recyclingtechnologien und Recyclingrohstoffen einen substanziellen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ziel müsse es sein, weitere Stoffkreisläufe zu schließen und so das Klimaschutzpotenzial der Kreislaufwirtschaft zu nutzen. Kreislaufwirtschaft benötige zu ihrer Entwicklung Lenkungsinstrumente. Auch bei jeglicher Ausgestaltung einer CO₂-Bepreisung müsse der Einsatz von Recyclingstoffen zu positiven Effekten führen.

Auch sollte ein neuer Staatsminister für den Green Deal im Bundeskanzleramt die Implementierung des Green Deals der EU-Kommission auf nationaler Ebene sicherstellen und insbesondere den ressortübergreifenden legislativen „Fitness check“ für den Einsatz von Recyclingrohstoffen stets im Blick haben. Auf nationaler Ebene müsse Kreis-

laufwirtschaft als Aufgabe des Wirtschaftsministeriums wahrgenommen werden.

Mindesteinsatzquoten

Produktbezogene Mindesteinsatzquoten für Rezyklate, aber auch klare Vorgaben zum „Design für Recycling“ seien Voraussetzung für Investitionen in eine moderne werkstoffliche Recyclinginfrastruktur. Der Gesetzgeber müsse Wertstoffpotenziale (wie Phosphor und Stickstoff) auch in Abwässern und Klärschlämmen erkennen und sicherstellen, dass diese mittels technischer Verfahren zurückgewonnen werden. Für die Abwasserbehandlung und Sanierung der Kanalnetze seien Investitionen dringend geboten.

Zudem sei die nachhaltige ökologische Beschaffung durch die Öffentliche Hand der Turbo für eine Umsteuerung der Produzenten auf Kreislaufwirtschaft. Mit einem verständlichen, staatlichen Recyclinglabel, das Auskunft

Drei-Punkte-Plan:

Klimaanpassung in Kommunen

Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat gemeinsam mit den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände einen schnell wirksamen Drei-Punkte-Plan zur Anpassung an den Klimawandel vereinbart. Schulze zufolge „profitieren Kommunen doppelt, denn klimaangepasste Städte und Landkreise sind lebenswert.“

Die wesentlichen Elemente sind erstens ein bundesweites Beratungszentrum für Städte, Landkreise und Gemeinden, das bis zum Sommer 2021 seine Arbeit aufnehmen wird. In dem Zentrum werden Kompetenzen und Erfahrungen gebündelt, die Kommunen helfen, passende Lösungen für die jeweilige Situation vor Ort zu erhalten. Das Beratungsteam unterstützt künftig die lokalen Entscheidungsträger dabei, individuelle Anpassungskonzepte zu entwickeln, öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen, und es übernimmt eine „Lotsenfunktion“ bei Schritten in Richtung klimaangepasste Kommune.

BMU-Förderprogramm

Gleichzeitig soll über das BMU-Förderprogramm „Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel“ nachhaltiges Anpassungsmanagement vor Ort aufgebaut werden. In vielen Fällen wird dies über lokale Anpassungsmanager und Anpassungsmanagerinnen geschehen, die die Umsetzung der Anpassungskonzepte in der Praxis begleiten und lokale Anpassungsstrategien konsequent auf Umwelt- und Klimaverträglichkeit auszurichten. Ab Mitte 2021 sollen die ersten Ausschreibungen laufen.

Besonders innovative Projekte der Klimaanpassung werden schließlich über den Wettbewerb „Blauer Kompass“ ausgezeichnet. In Zukunft können auch Kommunen in einer eigenen Kategorie an dem Wettbewerb teilnehmen. Ziel ist es, die besten Projekte bundesweit sichtbar zu machen, andere Kommunen in Deutschland zu inspirieren und damit künftig noch mehr innovative Klimaanpassungsprojekte zu entwickeln. Bis Sommer 2021 wird das Wettbewerbsbüro seine Arbeit aufnehmen.

Wie Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Leipzig betonte, „müssen wir heute konsequent den Wandel des

über den Rezyklateinsatz und die Recyclingfähigkeit eines Produktes gibt, werde Beschaffern der ökologische Einkauf erleichtert.

Privilegien beenden

Der Grundsatz „gleiche Regeln für alle Marktteilnehmer“ müsse auch bei privatem Wirtschaften einerseits und der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand andererseits gelten. Umsatzsteuerliche Privilegien kommunalen Wirtschaftens seien ebenso wie Körperschaftsteuerliche Sonderstellungen der öffentlichen Hand zu beenden. „Fairer Wettbewerb heißt auch, bei der Kontrolle der Regeln den gleichen Schiedsrichter zu haben (kartellrechtliche Gebührenaufsicht).“

Beschädigte Lithium-Akkus/Batterien waren in letzter Zeit

PREVENT Abfall Allianz:

Recycling in Afrika stärken

Initiiert unter der Schirmherrschaft des deutschen Entwicklungsministers Dr. Gerd Müller gründete sich im Mai 2019 die PREVENT Abfall Allianz. Sie bringt Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen und fördert Lösungsansätze, um Müll weltweit zu reduzieren. Der Abfall-Allianz gehören inzwischen rund 220 Organisationen in Deutschland und anderen Ländern an: von kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieben bis hin zu großen Unternehmen. Als jüngstes Mitglied konnte Minister Müller kürzlich das Kupferrecyclingunternehmen Aurubis AG begrüßen.

Ziel der PREVENT Abfall Allianz ist es, weltweit Abfall zu vermeiden, zu sammeln und zu recyceln sowie verstärkt Sekundärrohstoffe einzusetzen und Ressourcen im Kreislauf zu führen. Hierzu beschäftigt sie sich in vier Arbeitsgruppen mit den Themen Abfallvermeidung und Nutzung von Rezyklaten, dem Aufbau von Rücknahme- und Recyclingsystemen für Verpackungsabfälle sowie Elektro- und Elektronikgeräten und den Rahmenbedingungen für Abfall- und Kreislaufwirtschaft auf kommunaler Ebene. Aurubis bringt sein Fachwissen zur Herauslösung von Wertmetallen auch aus komplexen Elektroschrotten aktiv in das Netzwerk der Abfall-Allianz ein.

Die Arbeitsgruppe Elektroschrott entwickelt Lösungen für die sichere Behandlung von problematischem Elektroschrott wie Batterien. Beispielsweise wird in Ecuador ein nachhaltiges Konzept für Elektromüll-Management erprobt.

Globale Überlebensfrage

„Ich freue mich, dass Recyclingunternehmen wie die Aurubis AG Verantwortung übernehmen und sich in der PREVENT Abfall Allianz engagieren“, erklärte Entwicklungsminister Müller. Genau wie der Klimawandel sei der Umgang mit Abfall eine globale Überlebensfrage. Die Industrieländer machten nur 20 Prozent der Weltbevölkerung aus, verbrauchten aber 80 Prozent der Ressourcen und hinterließen zwei Drittel der Umweltverschmutzung.

„Auf Afrikas größtem Elektroschrottplatz in Ghana habe ich selbst gesehen, wie unser Elektroschrott illegal in Afrika zu Lasten der Umwelt entsorgt wird. Das kann so nicht weitergehen“, betonte Müller. Benötigt werde ein Umdenken für sozial und ökologisch nachhaltige Lieferketten und eine kontrollierte Kreislaufwirtschaft. Deshalb sei es wichtig, dass das Thema Metallrecycling mit dem Beitritt von Aurubis in der PREVENT Abfall Allianz verstärkt wird.

„Mit unserer Mitgliedschaft suchen wir den offenen, partnerschaftlichen Austausch mit Branchenvertretern, Politik und Wissenschaft, um die Erfahrung der Aurubis im Bereich Recycling mit

vielfach die Ursache von Bränden in Abfalltonnen, Sortieranlagen und Müllfahrzeugen. „Falsch entsorgt sind sie eine Gefahr für Mensch und Umwelt“, heißt es weiter. Um dieses Problem zu lösen, fordert der vbs eine Pfandpflicht ab 9 V Spannung, die Ausbaumöglichkeit von Batterien und Akkumulatoren, die Erhöhung der Mindestsammelquote im Batteriegesetz auf 80 Prozent sowie die verpflichtende Einführung einer einheitlichen Kennzeichnung von Geräten mit hochenergetischen Akkumulatoren durch die Hersteller.

Wie Präsident Heinz betonte, „werden wir in den kommenden Monaten noch intensiver als bisher in den gesellschaftlichen und politischen Dialog treten. Nicht nur für unsere Mitglieder, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, dass die Inhalte des Green Deal in Deutschland konsequent umgesetzt werden. Anders sind die ehrgeizigen Klimaziele nicht zu erreichen.“

DK

Bayernkaserne:

Studierende bauen Pavillon aus Recyclingbeton

Das Bauschutt-Recycling-Projekt in der Bayernkaserne nimmt europaweit eine Vorreiterrolle ein. Der Bauschutt aus dem Abriss wird vor Ort rezykliert und soll für die Neubauten wiederverwertet werden. 200.000 Tonnen so genannter R-Beton können aus dem alten Schutt hergestellt werden.

Doch in der Praxis muss noch Überzeugungsarbeit geleistet werden: Viele Bauträger sind noch vorsichtig, denn es gibt noch wenig Erfahrungen mit dem Material. Um diese Bedenken auszuräumen, bauen Architektur- und Bauingenieurstudent*innen der Hochschule für angewandte Wissenschaften München (HM) einen Musterpavillon aus dem neuen Baustoff, um die Oberflächen als Sichtbeton zu zeigen.

Grundsteinlegung

Gerade wurde der Grundstein für den zirka 20 Quadratmeter großen Bau in der Nähe der Heidemannstraße in Freimann gelegt. Im Juli soll der Raum fertiggestellt sein und einen Eindruck vermitteln, wie man mit R-Beton bauen kann. Im Kommunalreferat ist man zuversichtlich, dass dann bald auch in der Praxis wichtige Erfahrungen gesammelt werden können: Als erster Bauträger hat sich die städtische Wohnungsbaugesellschaft GWG verpflichtet, rezykliertes Baumaterial zu verwenden. Geplant ist auch ein neues Jugendzentrum auf dem Gelände der ehemaligen Bayernkaserne, das mit einem möglichst großen Anteil an Recycling-Material gebaut werden soll.

Kommunalreferentin Kristina Frank: „Fokus auf die graue Energie: Eine Kreislaufwirtschaft im Bausektor bringt uns näher zu unserem Ziel Klimaneutralität.“

So vermeiden wir, dass zu viele Ressourcen im Baukreislauf verschwendet werden. München nimmt hiermit eine Vorreiterrolle bei ökologisch und ökonomisch sinnvollem Abriss und Neubau ein. Aber das funktioniert nur, wenn die Bauträger mitmachen und bereit sind, sich auf Neuland zu begeben. Deswegen wollen wir mit diesem Mustertraum den R-Beton sichtbar und erlebbar machen.“

Ruf nach Umdenken

Dr. Julia Schmitt-Thiel, die Umwelt-Expertenin der Stadtrats-SPD, fordert ein Umdenken. Statt billige Verbundstoffe solle die Stadt wieder auf natürliche Ressourcen setzen. Denn, dass sich die alten Kasernen so gut recyceln lassen, habe einen Grund: „1936 gab es noch keinen Asbest.“

Laut Professorin Andrea Kustermann „ist der Bau des Musterpavillons nur möglich, weil sich alle Beteiligten der Hochschule München und die Firma Ettengruber hier überdurchschnittlich engagieren. Im Rahmen des Kurses ‚Betontechnologie und Sichtbeton‘ arbeiten meine Kollegen, die Professoren Arthur Wolfrum, Thorsten Stengel, Christoph Däuberschmidt, und ich mit Michael Weiss von der Firma Ettengruber und der Firma Strobel Hand in Hand, um mit den Studierenden das Musterbauwerk auch unter erschwerten Corona-Bedingungen zu ermöglichen.“

□

Lebensraum für seltene Arten

Startschuss für Biodiversitätsprojekt im Nationalpark Bayerischer Wald

Flechten, Moose, Pilze und Insekten sind zwar unauffällig und in der Forschung noch vergleichsweise wenig beachtet, jedoch spielen sie für den Erhalt der Artenvielfalt unserer Ökosysteme eine bedeutende Rolle. Um Kenntnisse über diese Artengruppen zu erhalten, hat der Nationalpark Bayerischer Wald nun das grenzüberschreitende Interreg-Projekt „Förderung der Biodiversität und Entwicklung von Waldnaturschutzkonzepten im Böhmerwald“ ins Leben gerufen. Kooperationspartner sind der Nationalpark Šumava sowie die Goethe Universität in Frankfurt am Main.

Das Projekt werde hauptsächlich auf Nationalpark-Flächen in der Gemeinde Bayerisch Eisenstein (Landkreis Regen) umgesetzt, erläuterten Bürgermeister Michael Herzog, sein Stellvertreter Manfred Schröder und Nationalleiter Dr. Franz Leibl. „Ich bin sehr gespannt, welche Ergebnisse bei dem neuen Projekt erzielt werden können“, betonte Herzog. „Die Forschungsabteilung des Nationalparks erfährt international hohe Anerkennung. Umso mehr freut es mich, dass in Bayerisch Eisenstein nun ein weiteres Kapitel geschrieben wird.“

Artenvielfalt

Auch Dr. Franz Leibl, Leiter des Nationalparks, begrüßt das Projekt. „Zum einen gibt es bei dem Thema Totholz und die dadurch entstehende Artenvielfalt noch einiges zu verbessern und zu erforschen. Zum anderen freuen mich Kooperationen, die grenzüberschreitend stattfinden, ganz besonders. Damit kommen sich die beiden Nationalparks wieder ein Stück näher.“

Hauptziel des Projekts ist eine Biotop-Verbesserung in der Randzone. Zusammen mit der

Revierförsterin Silvia Pflug werden am Rande des Nationalparks auf insgesamt 100 Hektar Waldflächen ökologisch aufgewertet, an definierten Stellen optimiert und ideale Lebensräume für Flechten, Moose, Pilze und Insekten geschaffen. „Dort soll zum einen die Menge und Qualität an Totholz verbessert werden“, erklärte Projektkoordinator Peter Karasch. Dadurch würden gefährdete Arten, die bestimmtes Totholz als Lebensraum benötigen, unterstützt. Zum anderen gehe es darum, seltene Baumarten wie Linde, Bergulme und Eibe sowie alte Bäume zu fördern. Auch werden bei dem Vorhaben seltene Pilze, wie der Duftende Feuerschwamm, der nur auf Tannentholz wächst, gefördert.

Waldnaturschutzkonzepte

Mit dem Projekt werden zusätzlich Waldnaturschutzkonzepte entwickelt und diese an forstwirtschaftliche Betriebe und Naturschutzbehörden weitergegeben. Es gilt, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie in Wirtschaftswäldern Holz genutzt werden kann und gleichzeitig die Biodiversität bestehen bleibt.

DK

Internationaler Altpapieritag des bvse-Fachverbands Papierrecycling:

Altpapier hat Zukunft

Die weltweite Nutzung von Altpapier steigt seit Jahren an. Mehr als 250 Millionen Tonnen Altpapier jährlich werden von der Papierindustrie verarbeitet. „Diese Entwicklung zeigt, dass Altpapier der wichtigste Rohstoff der Papierindustrie ist“, unterstrich Werner Steingaß, bvse-Vizepräsident und Vorsitzender des Fachverbandes Papierrecycling, im Rahmen des digitalen Internationalen Altpapieritags 2021.

Gleichwohl seien die vergangenen Jahre für die Altpapierunternehmen nicht einfach gewesen, erläuterte Steingaß. So musste sich die Branche auf den Strukturwandel in den asiatischen Märkten einstellen. Dies sei insbesondere für die exportierenden Unternehmen eine große Herausforderung gewesen.

„Aktuell erleben wir die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Wir stellen fest, dass die Altpapierfassungsmenge deutlich gesunken ist. Damit einhergehend hat dies zu einem drastischen Angebotsrückgang von Alt-

papier und zu Preisbewegungen geführt, die wir in diesem Maße noch nie gesehen haben. Gut, dass die Branche professionell aufgestellt ist und schon in der Vergangenheit gelernt hat, sich auf Veränderungen schnell einzustellen“, betonte der bvse-Vizepräsident. Um weiterhin erfolgreich arbeiten zu können, sei die Altpapierbranche auf die richtigen politischen Rahmenbedingungen angewiesen. Beispielsweise müsse dafür Sorge getragen werden, dass qualitativ aufbereitetes und normiertes Altpapier als wichtiger Sekun-

därrohstoff aus dem Abfallbegriff herauskommt. Altpapier müsse auch weiterhin weltweit gehandelt werden dürfen und gleichzeitig müsse die Bürokratie beim grenzüberschreitenden Handel abgebaut werden.

Sammelstrukturen verbessern

Als wichtig bezeichnete es Steingaß, dass weltweit die Altpapier-Sammelstrukturen verbessert werden. Altpapier müsse getrennt von anderen Materialien gesammelt werden, denn dies sei die Basis dafür, dass die Altpapierbranche weltweit die Papierindustrie mit qualitativ hochwertigem Altpapier ausreichend versorgen könne. Der Fachverbandsvorsitzende verwies abschließend darauf, dass nicht nur die Weltbevölkerung, sondern

auch der Bedarf nach Verpackungen und damit nach Altpapier stetig steigen wird. Sein Fazit: „Altpapier hat Zukunft!“

Altpapier ist die wichtigste und vor allem nachhaltige Quelle für das hierzu dringend benötigte Fasermaterial. „Mit einer Milliarde Tonnen CO₂-Einsparpotenzial spielt das Altpapierrecycling eine nicht unerhebliche Rolle bei den internationalen Bemühungen zur Bekämpfung der Klimakrise und dem politischen Willen nach grünen Lösungen“, erklärte der Präsident der Global Recycling Foundation, Ranjit S. Baxi.

Nach seinen Angaben konzentriert sich die Altpapierausfuhr aus den USA und Europa mittlerweile auf die wachstumsorientierten Länder in Südostasien und Indien. In Indien, das sich mittlerweile auch zum Hub für die Nachfrage nach Kraftpapierarten aus China entwickelt habe, gebe es mittlerweile über 600 Papierfabriken, die weltweit vernetzt neue Produktionskapazitäten schaffen.

Doch birgt die Lage für die Altpapierbranche in der EU noch viele Unsicherheiten, wie Baxi hervorhob. Denn mit der COVID-19-Pandemie seien die weltweiten Altpapiermärkte in 2020 von einem „Tsunami“ überrollt worden, der vieles auf den Kopf gestellt habe.

Resiliente Branche

CEPI-Experte Ulrich Leberle wies darauf hin, dass sich die europäische Altpapierbranche in den Höhen und Tiefen mit großen Schwankungen am Markt als resilient erwiesen habe. Jedoch seien noch viele Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf den wachsenden Verpackungsmarkt, zu meistern. Essenzieller Schlüssel zum Erfolg sei ein gemeinsames Verständnis in der EU für die Erfassung, Sortierung und Qualität von Altpapier.

Aus Sicht des Geschäftsführers der Melosch Export GmbH, Andreas Otto, „ist die Berechenbarkeit am Markt verlorengegangen“. Zwar sei angesichts der hohen Nachfrage nach Altpapier das Preisniveau gestiegen, jedoch belasteten zusätzlicher Bürokratieaufwand und derzeit astronomisch gestiegene Fracht- und Logistikkosten für Containerplätze den Finanzhaushalt der Branchenunternehmen weit über Gebühr, so das Mitglied im bvse Fachverband Papierrecycling.

Auf den weiteren Verlauf auf dem asiatischen Kontinent blickt Otto mit Spannung: Die Entwicklung in Übersee berge Chancen und Risiken. Das Wichtigste sei, dass der freie und faire Welthandel weiterhin offen bleibe. **DK**

Bezirk Mittelfranken:

300.000 Euro für Artenvielfalt und Umweltschutz

Einstimmig hat sich der mittelfränkische Bezirkstag in seiner jüngsten Sitzung für einen Zuschuss über 300.000 Euro an den Landschaftspflegeverband Mittelfranken (LPV) ausgesprochen. In rund 140 mittelfränkischen Gemeinden plant der gemeinnützige Verein heuer neue Projekte zur Erhaltung der Artenvielfalt und einer intakten Umwelt.

Neben der vermehrten Anlage von Blühflächen und Streuobstwiesen stehen dabei die Pflege und Renaturierung von Fließgewässern und Feuchtwiesen ebenso auf der Agenda wie die Verjüngung von Hecken und Feldgehölzen sowie die extensive Bewirtschaftung durch Hüteschäfer und andere Weidetierhalter.

Neben den Landschaftspflegemaßnahmen bildet die Beratung von Kommunen und Eigentümern privater Flächen bei der Anlage und Pflege blütenreicher Lebensräume für Insekten einen Arbeitsschwerpunkt des LPV. Neu initiiert oder weitergeführt wer-

den sollen regionale Schwerpunkte zum Schutz der Artenvielfalt und zur Unterstützung einer extensiven Landnutzung. Dazu gehören u.a. das Bachmuschelprojekt in den Landkreisen Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim und Weißenburg-Gunzenhausen, die Beweidung mit Urwildpferden in Erlangen-Tennenlohe und die Unterstützung der Hüteschäfer auf der Frankenhöhe und im Altmühljura.

Der Bezirk Mittelfranken unterstützt den Landschaftspflegeverband seit seiner Gründung 1986 bis heute mit einer Fördersumme von über acht Mio. Euro. **DK**

Erlanger Zukunftsacker:

Neuer Lernort für Nachhaltigkeit

Die Stadt Erlangen startet ein neues und innovatives Bildungsprojekt für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Büchenbach: Auf dem sogenannten Zukunftsacker werden von Mai bis September unterweltschulische Lernorte für Schulklassen angeboten. Die Schülerinnen und Schüler sollen mit den Händen die Zusammenhänge zwischen Gemüseanbau, gesunder Ernährung, Klimawandel und biologischer Vielfalt hautnah erfahren. Vier Schulen mit 20 Klassen sind für den außerschulischen Lernort der Nachhaltigkeit bereits angemeldet.

Die zweite Säule des Konzepts bietet an derzeit zehn Terminen von Mai bis Oktober die Möglichkeit für die Stadtgesellschaft, Familien oder Vereinen, an „Urban Farming“-Kursen teilzunehmen und von Experten etwas über den ökologischen Gartenbau zu lernen.

Angeboten werden Pflanz- und Beetpflege-Workshops sowie Kochkurse in der Solawiküche. Es geht darum, vom Han-

deln zum Wissen zu kommen, denn nur mit zukunfts-trächtigen Fähigkeiten und Fertigkeiten und Wissen über die Zusammenhänge unseres Konsums kann jeder selbst nachhaltig aktiv werden. Die Förderung von Lernorten mit solch einem ganzheitlichen Ansatz steht im Fokus des UNESCO-Programms BNE.

Alle Termine stehen unter www.erlangen.de/zukunftsacker.

Brenner-Nordzulauf östlich des Inns geplant

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger fordert angesichts der Trassenentscheidung für den Brenner-Nordzulauf mehr Güterverlagerung auf die Schiene. Bundesregierung und Deutsche Bahn müssten endlich dafür sorgen, dass die Schiene im Vergleich zur Straße für den Gütertransport attraktiver wird. Sonst würden künftig trotz neuer Bahntrassen die meisten Gütertransporte wie jetzt über die Autobahn rollen.

Benötigt würden rasch attraktivere Angebote durch die Bahn

und bessere Rahmenbedingungen für den Schienenverkehr.

Zuvor hatte sich die Deutsche Bahn für eine Vorzugstrasse entschieden, über die der Brenner-Nordzulauf geführt werden soll. Die Strecke verläuft östlich des Inns und hat von allen Varianten den größten Tunnelanteil. Damit kann bereits jetzt für große Streckenabschnitte Anwohner- und Landschaftsschutz garantiert werden, wie es auch im Koalitionsvertrag und im Raumordnungsverfahren gefordert wurde. **□**

VDV-Positionen:

Autonomes Fahren und Entlastungen für den Bahnsektor

Als Schritt in die richtige Richtung haben die zu einer öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestags geladenen Sachverständigen mehrheitlich den Gesetzentwurf zum autonomen Fahren bewertet. Wie VDV-Präsident Ingo Wortmann in einer ersten Reaktion unterstrich, „sind selbstfahrende, flexible Linien- und Pendelbusse eine große Chance für den Ausbau des klimafreundlichen ÖPNV-Angebotes gerade da, wo es heute noch stärker sein könnte: in Stadtrandlagen oder im ländlichen Raum“. Gleichzeitig eröffneten sich mit dem Gesetzentwurf auch Möglichkeiten, den öffentlichen Straßenraum menschenfreundlicher und sicherer zu gestalten.

Gleichwohl, gebe es noch Anpassungsbedarf: „Die aktuell diskutierten Anforderungen für die Qualifikation der ‚Technischen Aufsicht‘ sind nicht sachgerecht. Wir arbeiten heute schon in unseren Leitstellen mit sehr gut ausgebildeten Fachpersonal – ein Ingenieursstudium ist dafür eine übertriebene Maßgabe.“

Der VDV schlägt den forcierten Auf- und Ausbau von ÖPNV-Anwendungsfeldern vor, um das autonome Fahren schnellstmöglich in den Regelbetrieb zu überführen und es für die Fahrgäste erlebbar zu machen. Wortmann zufolge werden diese ÖPNV-Innovationen einen finanziellen Mehrbedarf nach sich ziehen, dem ein sehr hoher wirtschaftlicher, städtebaulicher und klimapolitischer Nutzen gegenübersteht: „Wir haben in Deutschland die Chance, einen Leitmarkt für autonomes Fahren zu etablieren. Bei der finanziellen Unterstützung von weiteren Projekten zum autonomen Fahren im ÖPNV sind neben den Ländern auch der Bund gefordert.“

Die mit der Automatisierung verbundene Kostenentlastung könne neue Geschäftsmodelle attraktiver machen und den neuen Linienbedarfsverkehren zu einem echten Durchbruch verhelfen, betonte der VDV-Präsident. „Es braucht für die dringend notwendige Mobilitätswende eine intelligente Verknüpfung von PBefG und StVG-Novelle. Für den Regelbetrieb im ÖPNV-Einsatz ist es sinnvoll, auch die Anforderungen an den dann autonomen Betrieb im ÖPNV – zum Beispiel der BOKraft – anzupassen und die geplante Durchführungsverordnung (AFGBV) zügig umzusetzen, denn das Gesetz allein wird noch zu keinem Regelbetrieb führen.“ Zudem müssten die Zuständigkeiten spezifiziert werden: „Die technische Entwicklungsverantwortung muss beim Hersteller liegen, die betriebliche bei den Verkehrsunternehmen. Das erfordert eine faire Verantwortungsteilung und die Bereitstellung von Fahrzeugdaten, damit wir den sicheren Betrieb gewährleisten können.“

Unterstützt werden laut VDV auch die Planungen der Bundesregierung, durch umfangreiche zusätzliche Entlastungen die pandemiebedingten wirtschaftlichen Schäden im Bahnsektor auszugleichen: Die Trassenpreise sollen im Schienenpersonenfernverkehr und im Schienengüterverkehr rückwirkend ab März 2020 und bis Ende 2021 nahezu vollständig durch den Bund gefördert werden. Für den durch die Pandemieauswirkungen besonders hart getroffenen Personenfernverkehr auf der Schiene wird zusätzlich eine Förderung der Trassenpreise bis Ende 2022 in Aussicht gestellt.

Zudem soll die eigentlich durch die Deutsche Bahn jährlich an den Bund zu zahlende Dividende in Höhe von 650 Mio. Euro für das Jahr 2020 und ggf. auch für das Jahr 2021 durch Bundesmittel kompensiert werden. Diese Gelder kommen unmittelbar dem Erhalt des deutschen Schienennetzes zugute, so dass davon nicht nur die DB, sondern der gesamte Bahnsektor profitiert. „Damit sollen unsere Kernanliegen, die wir in intensiven Gesprächen mit der Bundesregierung diskutiert haben, entsprechend umgesetzt werden. Die Bundesregierung will die Güterbahnen in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten umfassend unterstützen, das begrüßen wir außerordentlich“, erklärte VDV-Vizepräsident Joachim Berends. **DK**

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de



*

TV BAYERN

LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

SauberMobil in Würzburg:

Startschuss für Umweltorientiertes Verkehrsmanagement

Für Siemens war es bayernweit das erste Projekt intelligenter Verkehrssteuerung in dieser Komplexität, wie auch für Würzburg: Ende April fiel der Startschuss für das Umweltorientierte Verkehrs- und Mobilitätsmanagementsystem UVM. Das UVM ist ein maßgebliches Modul im Projekt SauberMobil. Mit SauberMobil möchte die Stadt Würzburg eine nachhaltige Verkehrswende erreichen. Ziel ist, die Verkehrsqualität insbesondere in den Spitzenzeiten deutlich zu verbessern und die NO2-Belastung an den Hotspots und im Stadtgebiet im Allgemeinen zu reduzieren.

Die Aufgabenstellung an Siemens und an eine breit gefächerte Projektgruppe sah vor, den motorisierten Verkehr auf Basis von stadtweiten Daten und Modellrechnungen der aktuellen Verkehrs- und Umweltlage zu steuern. Voraussetzung dafür ist die Erhebung der Daten in Echtzeit, deren Vernetzung, Verwaltung und öffentliche Bereitstellung. Stefan Eckert, Leiter Region Süd der Siemens Mobility GmbH, betonte die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten und die „nicht alltägliche Größenordnung und Komplexität dieses Projekts.“ Die Anforderungen der Stadt Würzburg seien hoch gewesen, so Dr. Reinhard Giehler, von der Siemens-Tochter VMZ Betreiber-Gesellschaft mbH Berlin. Zuvor seien in Berlin beispielsweise nur Teilkonzepte umgesetzt und erfolgreich angelaufen: „Würzburg ist bisher in dieser Komplexität einzigartig für uns“, betonte Giehler.

Oberbürgermeister Christian Schuchardt erklärt: „Die umweltorientierte, netzadaptive Steuerung von 182 Ampeln sorgt dafür, dass der Verkehr auf den innerstädtischen Straßen schneller vorankommt. Davon profitiert die Umwelt und damit wir alle. Das UVM ist ein elementarer Baustein des Projekts Sauber-

Mobil, mit dem wir nachhaltige Lösungen der Verkehrs- und Umweltprobleme erreichen möchten.“ Für Thomas Schäfer, Geschäftsführer der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, ist die Inbetriebnahme des UVM ein großer Meilenstein im Projekt SauberMobil, zu dem auch die Modernisierung der Busflotte und der Straßenbahnzüge beitrage. „Wir gehen nun aus den technischen Vorbereitungen in die Öffentlichkeit und können beobachten, inwieweit sich das Verkehrsverhalten der Menschen verändert. Alle Formen der Mobilität werden gleichberechtigt vernetzt.“

So funktioniert das UVM

Stadtweit werden Luftschadstoff- und Lärmbelastung überwacht und berechnet, dazu wurden im Juli 2019 die ersten Traffic Eye Units in Betrieb genommen. Betrieben werden diese Detektoren mit Solarpanels. Basis der Datenerhebungen sind aktuelle oder prognostizierte Verkehrsdaten, Schadstoffbelastungen, lokale Wetterinformationen wie Windrichtung und -geschwindigkeit, Wetterlage, Verkehrsaufkommen, Zählung von Radfahrern und Fußgängern. Im nächsten Zug wurden Straßenabschnit-

te mit hohen NO2-Emissionen mit einer netzadaptiven Steuerung der durch die WVV betriebenen Lichtsignal-Anlagen ausgestattet.

Die neu eingerichtete Verkehrsredaktion im Fachbereich Tiefbau und Verkehrswesen ist Schnittstelle und Leitzentrale für alle diese Informationen. Mithilfe des Verkehrsmanagementsystems sammeln die städtischen Verkehrsingenieure die Daten, bewerten sie und leiten daraus die Steuerungsstrategien für die davon betroffenen städtischen Ampeln ab. Ferner gibt das System Verkehrsdaten und -meldungen an den Mobilitätsmonitor am Hauptbahnhof, an die Informationstafeln an den Einfallstraßen der Stadt, an die SauberMobil App und das Mobilitätsportal www.wuerzburg.de/saubermobil weiter.

Rechtzeitige Informationen sollen Fahrverbote verhindern

Seit letztem Sommer weist der Mobilitätsmonitor am Hauptbahnhof speziell Fußgänger auf Daten hin wie aktuelle ÖPNV-Verbindungen, Baustellen, Staus, Leihfahrräder. Nun wurden an sechs Einfallstraßen in die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Landkreis großformatige Informationstafeln in Betrieb genommen, die sich an den motorisierten Individualverkehr richten. Durch eine rechtzeitige Information der etwa 90.000 Autofahrer, die täglich in die Stadt pendeln, sollen sie über die aktuelle Verkehrssituation in die Lage versetzt werden, vorhandene Alternativen zu nutzen. Bei Vor-

liegen einer Prognose, die eine Überschreitung der festgelegten Schwellenwerte erwarten lässt, erfolgt auf diesen Tafeln eine entsprechende Vorankündigung für den folgenden Tag. Darüber hinaus werden auf den Tafeln wichtige Verkehrsinformationen geschaltet, die auf Baustellen, Sperrungen, Unfälle, Ereignisse, die den Verkehr massiv beeinträchtigen, hinweisen. Auch Informationen über Großveranstaltungen wie ein Marathon können hier kommuniziert werden. Die Standorte der Informationstafeln und die vorgesehene Textauswahl wurden in enger Abstimmung mit der Polizei, dem Straßenbauamt Würzburg, dem Landratsamt und den benachbarten Gemeinden festgelegt. Stadtbaurat Benjamin Schneider betonte die gute Zusammenarbeit nicht nur mit diesen Akteuren, Siemens und der WVV, sondern auch mit zehn Randgemeinden, den Landkreisen Main-Spessart, Kitzingen und dem staatlichen Bauamt.

Immer dabei haben Nutzer der SauberMobil-App diese Informationen – um aus alternativen Verkehrsangeboten wählen zu können. Die große Stärke der App ist ein intermodales Routing: Sie zeigt an, wieviel Zeit der Verkehrsteilnehmer mit dem Pkw benötigt und setzt dies in Relation zum Umstieg auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel wie Straßenbahn, Bus oder Fahrrad. Sie gibt den Zeitaufwand für die Fahrt, die Kosten und die Höhe des CO2-Ausstoßes an. Die App bietet barrierearm die Möglichkeit, umzusteigen, so Bürgermeister Martin Heilig: „Sie vergleicht unterschiedliche Verkehrsträger, Kosten und Nutzen und plant gleichberechtigt verschiedene Routen.“

Für die App aufbereitet werden sämtliche Daten aller in Würzburg vorhandenen Mobilitätsalternativen. Sie informiert daher über die aktuelle Straßenverkehrslage, Verkehrsstörungen, den ÖPNV, Fahrradverkehr, Sharing-Angebote und freie Ladesäulen für Elektrofahrzeuge. Sie bündelt die Mobilitätsangebote in Würzburg zum immer aktuellen Zeitpunkt, beispielsweise über Standorte von Car-, Bikesharing-Angeboten und P&R-Plätzen, von Baustellen, Parkhausbelegung, Verkehrsmeldungen.

Das 4-Mio-Euro-Projekt UVM wird zu 50 % gefördert vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Das Konzept wurde entwickelt in Zusammenarbeit mit der WVV, der Firma Siemens Mobility GmbH, VMZ Berlin Betreiber-Gesellschaft mbH und IVU Umwelt GmbH. □



Blick in die Verkehrsredaktion, in der alle Daten für das UVM vernetzt werden: v.l.: Thomas Schäfer (Geschäftsführer WVV), Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Stadtbaurat Benjamin Schneider, Bürgermeister Martin Heilig. Sitzend: Jörn Egbert (TB Tiefbau und Verkehrswesen, Verkehrssteuerung). Bild: Claudia Lothar

Digitale Datendrehscheibe für bayerische Bahnen

Ein von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) und DB Regio Bayern angestoßenes Pilotprojekt soll ab Mitte des nächsten Jahres im Freistaat breit ausgerollt werden: Mit einer digitalen Datendrehscheibe samt technischer Schnittstelle zu bereits bestehenden Auskunftssystemen der bayerischen Bahnen will die BEG für Fahrgäste die Vormeldung von Anschlüssen vereinfachen – in ganz Bayern und darüber hinaus.

Die BEG plant, finanziert und kontrolliert den bayerischen Regional- und S-Bahn-Verkehr im Auftrag des Freistaats. Die Entwicklung der Datenverarbeitungsplattform schreibt die BEG derzeit europaweit aus. Ziel ist, die komplexen Abläufe der Anschlussvormeldung soweit wie möglich zu automatisieren. Bisher ist für die Fahrgäste die Vormeldung nur persönlich über die Zugbegleiter möglich. Die Inbetriebnahme des neuen Systems ist für die zweite Jahreshälfte 2022 geplant. Hat ein Zug Verspätung, sollen Fahrgäste ihren Anschlusswunsch dann direkt selbst über ihr Smartphone melden können, und zwar über bereits bestehende Fahrplan-Apps, wie zum Beispiel die Bayern-Fahrplan-App oder die Streckenagent-App von DB Regio. Die Software steuert im Hintergrund die komplexe Prozess- und Informationskette vom Anschlusswunsch der Fahrgäste zum Verkehrsunternehmen und wieder zurück an die Fahrgäste.

Fahrgäste, die den Anschlusswunsch angemeldet haben, erhalten nach Klärung der Sachlage zwischen den beteiligten Verkehrsunternehmen und DB Netz direkt Rückmeldung über dieselben Fahrplan-Apps: Eine Push-Nachricht informiert darüber, ob und wie lange der Anschlusszug warten kann. Kann der Anschluss nicht gehalten werden, wird dem Fahrgast eine Alternative für seine Weiterfahrt übermittelt. Das System speist gleichzeitig die Information automatisch in das Reisendeninformationssystem (RIS)

der Deutschen Bahn und DEFAS Bayern der BEG und damit in alle anderen daran angeschlossenen Auskunftssysteme ein. So werden auch andere Fahrgäste darüber informiert, ob der Anschlusszug erreicht wird – beispielsweise über Informationsdisplays im Zug.

„Dass Fahrgäste ihren Anschlusswunsch selbst per Fahrplan-App anmelden können, ist, soweit wir wissen, europaweit einmalig“, sagt Thomas Prechtel, Sprecher der BEG-Geschäftsführung. „Wir werden damit digitaler und schneller. Das erhöht den Komfort für die Fahrgäste und macht die Reisekette sicherer. Außerdem erhalten wir ein klareres Bild vom tatsächlichen Anschlussbedarf der Fahrgäste. Und das Personal in den Leitstellen kann Entscheidungen viel besser an den Wünschen der Fahrgäste ausrichten.“

System mit Zukunftspotenzial

Die Anschlussvormeldung per App wurde erstmals im Jahr 2018 getestet, um die prinzipielle Machbarkeit zu prüfen. Die Projektpartner bei diesem erfolgreichen Pilotversuch waren die BEG, DB Regio Bayern, Agilis und die Südostbayernbahn. Seitdem hat ein Projektteam ein umfangreiches Umsetzungskonzept mit allen fachlichen und technischen Voraussetzungen erarbeitet. Beteiligt waren neben den ursprünglichen Partnern auch die Erfurter Bahn, Go Ahead und die Westfrankenbahn sowie Experten aus den Bereichen Infrastrukturbetrieb, Fahrgastinformation und Betriebsleitsysteme. Die nun ausgeschriebene Datenverarbeitungsplattform soll nach dem Wunsch der BEG nicht nur im bayerischen Regionalverkehr zum Einsatz kommen. Die anbietenden Unternehmen haben die Aufgabe, das System so aufzusetzen, dass es auch für Anschlüsse zu Regionalbussen und auch für andere Bundesländer zur Verfügung stehen kann.

Die Entscheidung darüber, ob ein Zug auf einen anderen verspäteten Zug warten kann, trifft weiterhin DB Netz in der Leitstelle. Dabei gilt es, einen Mittelweg zwischen Anschlussicherung und Pünktlichkeit zu finden. Denn auch der wartende Zug soll seine Fahrgäste pünktlich zu deren Anschlusszügen bringen. Auch kann es sein, dass das Gleis im Bahnhof für einen nachfolgenden Zug freigegeben werden muss. Außerdem begrenzen eingleisige Streckenabschnitte die Wartezeit der Züge. Eine Garantie dafür, dass Anschlusszüge erreicht werden, gibt es also auch in Zukunft nicht. Das neue IT-System macht die Anmeldung und Bearbeitung des Anschlusswunsches aber zuverlässiger und schneller. □

Digitale Fachkonferenz der Bundes-SGK:

konkret.kommunal.mobil

Mit der Zukunft einer nachhaltigen Mobilität befasste sich die Bundes-SGK bei ihrer digitalen Fachkonferenz konkret.kommunal.mobil mit mehr als 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Dabei wurde deutlich: Die Mobilitätswende findet statt, und zwar in Städten und Gemeinden, in Betrieben, im Mobilitätsverhalten und in einem besseren ÖPNV.

Laut Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK, sind Luftreinhaltung und Klimaschutz Treiber für eine neue Mobilität, die mit der Energiewende eng verbunden ist. Möglich wird dies durch die technologischen Entwicklungen neuer Antriebe, insbesondere der Elektromobilität. Dies ändere aber nichts daran, dass die Kommunen Verantwortung dafür tragen, Mobilität für alle zu gewährleisten und hier stehe der Umweltverbund mit dem ÖPNV nach wie vor in der Mitte des Geschehens.

Aus Sicht von Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat der Verkehrssektor bislang zu wenig zum Klimaschutz beigetragen. Die Automobilkonzerne hierzu-lande seien erst spät in die Entwicklung fossilsfreier Antriebe gestartet. Die Bundesregierung tue viel dafür, die Elektromobilität marktfähig zu machen. Eine echte Mobilitätswende sei aber nur möglich, wenn jenseits des Individualverkehrs die Möglichkeit geschaffen werde, für ein angemessenes Entgelt zu jeder Zeit an jeden Ort zu kommen. Dies sei nur mit einem starken Öffentlichen Verkehr zu verwirklichen.

VKU-Präsident Michael Ebling, Oberbürgermeister von Mainz, rief die Kommunen und ihre Unternehmen dazu auf, dort, wo man die Steuerung des öffentlichen Nahverkehrs abgegeben habe, sich diese wieder zurückzuholen. Er wies darauf hin, dass die meisten Kommunen schon längst dabei seien, die Mobilitätswende zu organisieren, zum Beispiel

mit dem Aufbau der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität. Die Corona-Pandemie mache deutlich, dass es ein unschätzbares Vorteil sei, dass die Daseinsvorsorge und der ÖPNV nicht privat organisiert seien; nur so könne deren Aufrechterhaltung gewährleistet werden.

Elektroantrieb ist alternativlos

Dass es derzeit beim PKW keine Alternative zum Elektroantrieb gebe, darauf machte Kirsten Lühmann, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, aufmerksam. Der Strom aus erneuerbaren Energien würde so am effizientesten genutzt. Die Probleme bei Herstellung und Recycling der Batterien könne man in den Griff bekommen. Die Verwendung von Wasserstoff für Schwerlastverkehre sei sinnvoll und Wasserstoff könne zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe verwendet werden, aber ein flächendeckendes Tankstellennetz aufzubauen würde sich wirtschaftlich kaum rechnen. Grundsätzlich dürfe man keine Technologie aus den Augen verlieren, jede könne für einen Einsatz in bestimmten Verkehrsbereichen sinnvoll sein.

Im anschließenden Forum 1 sprach der Leiter des Geschäftsbereichs ÖPNV im Odenwaldkreis, Peter Krämer, über die dort entwickelte integrierte Mobilitätsplattform „odenwaldmobil.de“. Die Spannweite der dort angebotenen vernetzten Verkehrsmittel reicht vom öffentlich be-

reitgestellten Linienverkehr bis zur privaten Mitfahrgelegenheit. Kern ist das Taxomobil, ein On-Demand-Angebot, das die Mobilitätsgarantie ermöglicht. Das bundesweit einzigartige Projekt erfreut sich immer größerer Beliebtheit bei den Menschen im Landkreis.

Bürgermeister Ralf Eisenhauer, Dezernat für Planen, Bauen und Verkehr der Stadt Mannheim, machte in einem weiteren Forum deutlich, dass Elektromobilität nur eine von vielen Komponenten bei der Entwicklung nachhaltiger Mobilität sein kann. Aus planerischer Perspektive spielen die Reduzierung des Individualverkehrs und der Wechsel auf den ÖPNV und Umweltverbund die zentrale Rolle. Hier könne die Elektromobilität (Straßenbahnen, Elektrobusse etc.) eine wichtige Rolle spielen.

Gewinn für die Menschen

Weil Elektromobilität geräuscharm und emissionsfrei ist und zudem Fahrspaß bringt, könne sie nach Ansicht von Kerstin Hurek, Leiterin des Hauptstadtbüros des Automobil Club Europa (ACE), ein Gewinn für die Menschen sein. Zusätzlich sei eine gute und transparente Versorgung mit Ladeinfrastruktur erforderlich. Trotzdem sei eine reine Antriebswende auch kritisch zu sehen. Diese würde nämlich weder zur Staureduktion beitragen, noch den Stellplatzbedarf senken und auch nicht die Erreichbarkeit von Pendlern auf dem Weg zu ihrem Arbeitsplatz verbessern.

Wie Anne Klein-Hitpaß, Projektleiterin für städtische Mobilität bei der agora-Verkehrswende, im Forum 3 erläuterte, beanspruche der PKW im Verhältnis zu anderen Verkehrsmitteln zu

GZ-Interview mit Ludwig Atzberger.*

3 Jahre DSGVO: Was ist in Bayerns Gemeinden passiert?

GZ: Am 4. Mai 2016 wurde die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) veröffentlicht und am 25. Mai 2018 ist sie in Kraft getreten. Wie sieht es heute mit dem Datenschutz in bayerischen Kommunen aus?

Atzberger: Die meisten Kommunen sind bemüht, sich im Datenschutz gut aufzustellen und manche davon sind sehr erfolgreich unterwegs. Andere sind immer noch in der Entscheidungsphase der Bestellung eines Datenschutzbeauftragten, sind unentschieden oder warten eine Lösung auf Landkreisebene ab.

Als Beispiel für eine geradezu musterhafte Kreislösung gilt der Landkreis Nürnberger Land. Und das vollkommen zurecht, wie ich meine. Leider gibt es aber auch gegenteilige Beispiele, die ich lieber nicht namentlich nenne. Da wird nur eine einzige Planstelle geschaffen, für das Landratsamt sowie alle kreisangehörigen Kommunen. Hier ist die Überlastung vorprogrammiert. Es gibt auch Planstellen, die gar nicht besetzt sind, weil die betreffenden Mitarbeiter in andere Behörden abgeordnet wurden.

Eine Kommune auf aktuellen Stand zu bringen, damit diese DSGVO-konform aufgestellt ist, das hat sich nicht allein mit der formalen Bestellung eines Datenschutzbeauftragten erledigt. Alles umzusetzen ist ein Projekt und stellt daher für manche Kommune einen Kraftakt dar.

GZ: Wie ist die politische Leitung in den Kommunen zum Thema aufgestellt?

Atzberger: Manche BürgermeisterInnen sind sich der eigenen Verantwortung beim Thema Datenschutz nicht voll umfänglich bewusst. Seit der DSGVO kann sich keine Behördenleitung mehr „wegducken“, denn sie ist und bleibt die verantwortliche Stelle. Für die BürgermeisterInnen bringt es also wenig, einen Datenschutzbeauftragten als „Fei-

genblattfunktion“ zu berufen. Viele übersehen auch, dass nach dem Bay. Datenschutzgesetz (BayDSG) in der neuen Fassung jede öffentlich-rechtliche Körperschaft einen Datenschutzbeauftragten bestellen und die Vorgaben umsetzen muss. Das trifft auch kleine Zweckverbände, die oft in der Kommunalverwaltung mit verwaltet werden. Die verantwortliche Stelle ist die oder der Verbandsvorsitzende, also oft wieder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister.

GZ: Werden die gesetzlichen Anforderungen also gar nicht umgesetzt?

Atzberger: Die bayerischen Kommunen setzen die Anforderungen durchaus unterschiedlich gut um. Die einen versuchen es aus eigener Kraft und mit eigenem Personal zu stemmen. Andere lassen sich helfen und beauftragen einen externen behördlichen Datenschutzbeauftragten.

Nicht zu vergessen sind die Anforderungen aus dem Bayerischen E-Government-Gesetz in Bezug auf die Informations- und IT-Sicherheit. Die Schutzziele Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität sind in den Bereichen gleich. Es macht also durchaus Sinn, beide Projekte parallel voranzutreiben. Ideal ist es, wenn ein Berater beide Bereiche abdecken kann, dann arbeiten die Verantwortlichen Hand in Hand.

GZ: 2018 hatten alle Angst vor einer Flut von Auskunftersuchen und einer Überforderung durch die Datenschutzvorschriften. Ist das eingetreten?

Atzberger: Die 2018 befürchtete große Welle von Auskunftersuchen ist gottlob ausgeblieben. Obwohl es Einzelfälle gibt, bei denen eine schlecht vorbereitete Gemeinde schon mal für längere Zeit lahmgelegt wurde.

„Solange nichts passiert, passiert auch nichts“, so lässt sich die Haltung zum Datenschutz in Kommunen häufig zusammenfassen.

Nach meiner Erfahrung interessiert sich nur 1 Prozent der Bürger dafür, wie die Kommune mit seinen persönlichen Daten umgeht. Probleme gibt es immer dann, wenn ein Bürger das Thema Datenschutz entdeckt, um seine Kommune zu „quälen“. Kommunen sollten unbedingt vorbauen und die Datenschutzvorschriften einhalten und umsetzen.

Nicht nur beim Datenschutz, auch beim Thema Informationssicherheit sieht man ja derzeit gerade wieder, dass die Strategie „aus-sitzen und abwarten“ nicht funktioniert.

GZ: Ist Datenschutz unnötige Beschäftigungstherapie oder reiner Selbstzweck?

Diesem gängigen Vorurteil möchte ich vehement widersprechen. Ich bin überzeugter Datenschützer. Es geht um ein unveräußerliches Grundrecht, das wir wirklich schätzen und schützen sollten. Zugegeben: Die Umsetzung der Vorschriften ist nicht immer pragmatisch und praktisch. Leider wird der Datenschutz häufig als Sündenbock missbraucht. Immer wenn jemand etwas nicht machen will oder kann, dann wird der Datenschutz vorgeschoben, um die Aufgabe abzuwenden.

GZ: Was ist in Ihren Augen am wichtigsten und schwierigsten für die Kommunen umzusetzen?

Das Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten (VVT) ist das zentrale Dokument im Datenschutz. Wer das vollständig und richtig erfasst hat, kann daraus vieles ableiten. Aber gerade daran scheitern leider viele.

Man braucht ein gutes Maß an Kommunalwissen und -erfahrung, um die Komplexität zu überblicken. Berater mit wenig Kommunalenerfahrung stoßen da an ihre Grenzen. Orientiert man sich an Organisationsgutachten des BayKPV, dann findet man schnell mehr als 230 betroffene kommunale Aufgaben. Und wenn man sich dann noch mit den gesetzli-

chen Grundlagen auseinandersetzt, dann bewegt man sich in mehr als 100 Gesetzen.

Eine gute und regelmäßige Schulung der Bediensteten ist nicht nur vorgeschrieben, sondern bringt den größten Fortschritt für Datenschutz und Informationssicherheit. Persönlich habe ich sehr gute Erfahrungen gemacht mit Schulungen für die Kernverwaltung, aber auch für Beschäftigte der Kindertagesstätten.

GZ: Können externe Anbieter den Kommunen helfen und die Arbeit abnehmen?

2018 wurden durch öffentlich-rechtliche Anbieter, Fachverlage und klassische Softwareanbieter spezialisierte Tochterunternehmen gegründet. Leider haben auch einige Glücksritter den kommunalen Bedarf für sich entdeckt, ohne das nötige Branchen-Knowhow mitzubringen. Es ist sehr wichtig, sich mit Blick auf die eigenen Mitwirkungspflichten den richtigen Dienstleister zu suchen, der dann auch die gewünschte Entlastung bringt.

GZ: Was sollte eine Kommune beachten, wenn sie sich externe Hilfe holt?

Wichtig wäre, dass der Anbieter über kommunale Erfahrung und Wissen verfügt. Die Umsetzung der DSGVO in einer Kommune unterscheidet sich schon erheblich vom Vorgehen in einem Unternehmen.

Viele Kommunen haben bisher das vermeintlich günstigste Angebot gewählt. Erst nach einiger Zeit fällt dann auf, wenn der Anbieter als Gegenwert nur Standarddokumente bieten kann.

GZ: Was wünschen Sie sich für die nächsten 3 Jahre DSGVO?

Dass das Thema Datenschutz nicht missbraucht wird, dass die Kommunen die Vorschriften pragmatisch umsetzen, dass sich alle Verwaltungen den Themen stellen und dass wir alle nicht mehr ganz so leichtfertig mit unseren Daten umgehen.

*Ludwig Atzberger ist Gründer und heute freier Berater der insidias GmbH & Co. KG, die ihr Angebot in den Bereichen Datenschutz und Informationssicherheit passgenau auf kommunale Gebietskörperschaften und Zweckverbände sowie deren IT-Dienstleister ausgerichtet hat. Bereits vor der Gründung der insidias prägte Atzberger über 30 Jahre lang den kommunalen Markt in Bayern als Gründungsgesellschafter und Geschäftsführer eines renommierten Anbieters von IT-Lösungen für Kommunen. Seit zehn Jahren ist er zudem für den DATABUND – Verband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor e.V. tätig und dadurch über den bayerischen Markt hinaus auf seinem Fachgebiet auch bundesweit vernetzt.

GZ-Webseminare:

Datenschutz und Informationssicherheit – Warum es Chefsache ist

Datenschutz und Informationssicherheit sind nicht gerade „Lieblingsthemen“ in der täglichen Arbeit im Rathaus. Aber angesichts der Rechts- und der Bedrohungslage ist es umso wichtiger, dass sich die Leitung den Themen stellt. Nur einen Datenschutzbeauftragten oder einen Informationssicherheitsbeauftragten zu benennen, ist noch keine Lösung; die Verantwortung der Leitung geht wesentlich weiter.

Als kommunaler Datenschutzpraktiker mit langjähriger Erfahrung, gibt Referent Ludwig Atzberger im virtuellen GZ-Workshop am 8. Juni 2021 um 14.30 Uhr eine kurze Einführung für die Verantwortlichen und versucht an einigen Beispielen eine pragmatische Umsetzung der Anforderungen aus DSGVO und eGovG darzustellen. Die Teilnehmer sollen die nötigen Maßnahmen und den dafür nötigen Aufwand realistisch abschätzen können.

Das etwa eineinhalbstündige Seminar richtet sich an BürgermeisterInnen, GeschäftsführerInnen von Kommunalunternehmen, Vorsitzende Zweckverbände, geschäftsleitende Beamte und Beamtinnen, Verwaltungs- und HauptamtsleiterInnen.

Vermittelt werden:

- Rechtliche Grundlagen und Historie
- Verantwortung der Leitung
- Wichtige Sofortmaßnahmen
- Sensibilisierung der Bediensteten
- Immerwährende Themen und Aufgaben
- Aufwand, Ressourcen, Kosten

Die Teilnahmegebühr beträgt 95 Euro zzgl. MwSt., die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de □

Starke Kommunen brauchen Manager

Dienstherren investieren in Führungskräfte

Die öffentlichen Verwaltungen stehen vor immer komplexeren Aufgaben – bei gleichzeitig immer knapper werdenden finanziellen und personellen Ressourcen. In den Jahren zwischen 2025 und 2035 werden sich bundesweit die Personen im erwerbsfähigen Alter um 50 Prozent reduzieren. Darauf müssen die Kommunen vorbereitet sein. Die Nachwuchsqualifikation gewinnt daher zunehmend an Bedeutung.

Themen werden nicht mehr nur rein fachlich beurteilt und „abgearbeitet“, sondern brauchen eine aktive, betriebswirtschaftliche Steuerung. Einige Dienstherren gehen bereits mit positivem Beispiel voran und investieren aktiv in ihre Mitarbeiter – etwa im Rahmen des Weiterbildungsstudiums „Master Public Management“, das vom Zentrum für Akademische Weiterbildung der Technischen Hochschule Deggendorf (THD) in Kooperation mit der Hochschule für den öffentlichen Dienst Bayern in Hof angeboten wird.

Viersemestriges Studium

Seit 2010 bilden sich hier am Wochenende Geschäftsleiter, Kämmerer, Fachbereichs- und Abteilungsleiter, Leiter von Kommunalunternehmen und Controller.

Nächster Studienstart ist im September 2021. Für nähere Informationen zum Studiengang steht Weiterbildungsreferentin Corina Welsch vom Zentrum für Akademische Weiterbildung der THD unter corina.welsch@th-deg.de gerne zur Verfügung.

Mit dem Studium erwerben die Teilnehmer die Befähigung, die

politische Führung bei der Schaffung von Strukturen zu unterstützen, die zu Entbürokratisierung, Kundenorientierung und mehr Effizienz führen. Nach Abschluss des Studiums sind die Absolventen in der Lage, die Positionierung ihrer Kommunen und der Region im regionalen, nationalen und internationalen Standortwettbewerb zu verbessern. Außerdem erwerben die Teilnehmer mit dem Master die Bildungsvoraussetzungen für den Aufstieg in die 4. Qualifikationsebene. Aus diesem Grund ist der Studiengang vor allem für Mitarbeiter in öffentlichen Verwaltungen interessant, die ein abgeschlossenes Erststudium (Diplom, Staatsexamen oder Bachelor) und mindestens ein Jahr Berufserfahrung haben.

Wissen sicher sichern:

Digitale Fortbildungen für den öffentlichen Dienst in Bayern

Von Roswitha Pfeiffer, Leiterin des BVS-Geschäftsbereichs Fortbildung und Entwicklung und Stellvertreterin des BVS-Vorstands

In diesen Zeiten, in denen Abstand halten und zu Hause bleiben erforderlich ist, dürfen Wissen und Fortbildung nicht auf der Strecke bleiben. Insbesondere nicht für den öffentlichen Dienst, der als Corona-Krisenmanager besonders gefordert ist. Daher bietet die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) neben ihren bewährten Präsenzveranstaltungen auch digitale Fortbildungen an – jetzt und in Zukunft. Das unterstützt auch die Verwaltung auf ihrem Weg in die Digitalisierung und schafft zudem Bildungszugang für Menschen, die bisher aus zeitlichen und örtlichen Gründen nur wenig Fortbildungen absolvieren konnten.

Seit 1920 bildet die BVS den öffentlichen Dienst in Bayern aus, fort und weiter: Nach dem Ersten Weltkrieg mussten sich Staatsordnung und das tägliche Leben der Menschen neu finden. Dazu brauchte man die richtigen Menschen an den richtigen Stellen. Aus diesem Gedanken heraus wurde die BVS gegründet und mit der Aus-, Fort- und Weiterbildung der bayerischen Verwaltung beauftragt. Und das tut sie seitdem durch alle Zeiten hindurch – und immer mit dem richtigen Angebot.

Das sind neben Wissensvermittlung und kollegialem Austausch in Präsenz auch digitale Formate. Corona hat sie unabdingbar gemacht, die digitalisierte Arbeitswelt der Zukunft wird sie zu einem selbstverständlichen Baustein der Bildungsangebote werden lassen. Schon 2020 hat die BVS viele Fortbildungs-Seminare digital angeboten und kann nun, nach einem Jahr, auf viel Erfahrung zurückgreifen.

Mit einer bedienerfreundlichen Videosoftware, technischem Support und einem Betreuungsteam steht die BVS ihren Dozenten und Teilnehmern vor und während der Webinare zur Verfügung. Die digitalen Fortbildungen sind örtlich und zeitlich flexibel nutzbar und erreichen damit noch mehr Menschen als bisher.

Roswitha Pfeiffer, Leiterin des BVS-Geschäftsbereichs Fortbildung und Entwicklung, blickt deshalb optimistisch in die Zukunft: „Wir können das Wissen des öffentlichen Dienstes auch in diesen Zeiten sichern, denn wir haben viele digitale Fortbildungen entwickelt und ein sicheres, bedienerfreundliches Videosystem integriert. Jetzt brauchen wir nur noch deutlich mehr nebenamtliche Dozenten, um die Nachfrage besser bedienen zu können.“

Gemäß der BVS-Leitlinie „aus der Praxis für die Praxis“ geben rund 1.300 Verwaltungsangestellte und Beamte aus ganz Bay-

ern ihre praktischen Erfahrungen und ihr Wissen aus Ihrem Arbeitsbereich weiter. Ihre Dozenten unterstützt die BVS mit zahlreichen Schulungen und einem Support-Team. Wir wissen jetzt, dass auch online ein guter Austausch mit den Teilnehmern möglich ist, so dass diese sich untereinander und mit den Dozenten vernetzen und ihren Erfahrungsschatz auch in Webinaren fortlaufend vertiefen können. „Das ist ein Vorteil auch für die Arbeitgeber unserer Dozenten“, findet BVS-Vorstand Monika Weigl. Denn digitale Kompetenzen werden immer wichtiger, zumal die Verwaltungen über das Onlinezugangsgesetz verpflichtet sind, ihre Verwaltungsleistungen digital anzubieten.

Die nebenamtlichen Dozenten der BVS erhalten genau darin praktische Erfahrung und Handlungssicherheit. Neben engagierter persönlicher Begleitung unterstützt die BVS ihre nebenamtlichen Dozenten auch mittels Schulungen, Videoanleitungen sowie didaktischen und pädagogischen Hilfestellungen. Keine Scheu – Sie werden sehen: Es ist einfacher als gedacht und macht sogar Spaß! Bei Interesse finden Sie weitere Informationen und Kontaktdaten unserer Ansprechpartnerin unter www.bvs.de/NAD. □



DIGITALE FORTBILDUNGEN FÜR DIE BAYERISCHE VERWALTUNG

WIR SICHERN IHR WISSEN – SICHER!

Wir sichern Ihr Wissen – auch und gerade in Zeiten wie diesen. Daher bieten wir dem öffentlichen Dienst in Bayern digitale Fortbildungen an. Ortsunabhängig, flexibel und sicher. Über eine nutzerfreundliche Video-Software können Sie an unseren BVS-Webinaren teilnehmen. Mehr Informationen unter bvs.de/webinare

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie? Ich vertrete die Stadt Neuötting mit 8.950 Einwohnern im Landkreis Altötting. Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Am 01. Mai 2008.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich wurde 1990 in den Stadtrat unserer Stadt gewählt. In meiner Familie war das Engagement für das Gemeinwohl sehr prägend und deshalb habe ich diesen Weg reizvoll empfunden und auch beschritten.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Eigentlich nicht besonders. Wenn man auf 18 Jahren Stadtratstätigkeit zurückblicken



Zur Zeit sind Planungen für die Sanierungen der Grund- und Mittelschule sowie die Neuschaffung bzw. Erneuerungen von Kinderkrippen und Kindergärten die dominierenden Themen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Mit den Folgen der Pandemie für die Innenstadt, für Einzelhandel, Wirtschaft und auch das gesellschaftliche Leben insgesamt.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Bei allen Einzelinteressen nicht den Blick auf das Wesentliche und das Gesamte zu verlieren. Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Durch regelmäßige Besprechungen mit allen beteiligten Akteuren zu den wichtigen Fragen der Kommunalpolitik und der Verwaltung.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung ermöglicht uns derzeit viele Möglichkeiten der Kommunikation. Das wird Vieles verändern. Trotzdem sehnen wir uns alle nach der persönlichen Kommunikation untereinander auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Leben und leben lassen, liberatis Bavariae.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Das ist für mich kein wichtiger Wunsch, aber als ehrlicher und aufrichtiger Politiker in Erinnerung zu bleiben, fände ich ein gutes Attribut. □

Peter Haugeneder

Erster Bürgermeister der Stadt Neuötting
Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen
Verbandsmitglieder in Oberbayern,
Bayerischer Städtetag

kann, ist man sich mit den Aufgaben eines Bürgermeisters schon vertraut.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Wir waren beim Amtsantritt mit einer großen Baumaßnahme, der Sanierung unseres historischen Stadtplatzes beschäftigt, die uns sowohl gesellschaftlich als auch finanziell sehr gefordert hat. Außerdem war eine Haushaltskonsolidierung der städtischen Finanzen dringend notwendig.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Bodenseeradweg:

Lindau erhält 3,2 Millionen Euro

Florian Pronold überreicht Förderscheck an Lindaus Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons

Die Stadt Lindau setzt bei der Mobilität auf Klimaschutz und gestaltet den Bodenseeradweg noch fahrradfreundlicher. Geplant sind eine durchgängige Fahrradstraße mit Vorrang für Radler*innen, Ladestationen mit Photovoltaik für E-Bikes und 268 Fahrradständer. Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, hat zum Start des Projektes „Bodensee-Fahrradstraße“ einen Förderscheck über 3,1 Millionen Euro an die Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau, Dr. Claudia Alfons, übergeben.

Florian Pronold: „Für erfolgreichen Klimaschutz brauchen wir eine nachhaltige Mobilitätswende. Die Stadt Lindau zeigt mit der Errichtung einer durchgängigen Fahrradstraße auf der Ost-West-Route des beliebtesten Radweges Deutschlands wie das gelingen kann. Ich freue mich, dass wir den Radweg mit unserer Förderung unterstützen können, und bin überzeugt, dass dieses Projekt eine bundesweite Ausstrahlung entfaltet und für touristisch genutzte Regionen zum Vorbild für klimafreundliche Mobilität werden kann.“

Nachdem bereits der innerstädtische Abschnitt des Bodenseeradwegs mit Fördermitteln des Bundesumweltministe-

riums erneuert wurde, soll nun in einem weiteren Projekt die bei Tourist*innen und Einheimischen gleichermaßen beliebte Ost-West-Route des Radweges ausgebaut werden. Entlang der Achse soll eine durchgängige Fahrradstraße mit Vorrangregelung für Radfahrende entstehen.

Steigender Bedarf an Radabstellanlagen

Um den steigenden Bedarf an Radabstellanlagen in den Sommermonaten zu decken, werden auf der Insel Lindau zwei „Bikehubs“ (bewegliche Fahrradabstellanlagen in modularem Secontainer), zwei mobile Ladestationen mit Photovol-

taik-Anlage sowie 268 mobile Fahrradständer zur Verfügung gestellt.

Die Gesamtausgaben des Projektes belaufen sich auf insgesamt rund 3,9 Millionen Euro, das Bundesumweltministerium unterstützt das Vorhaben mit gut 3,1 Millionen Euro aus der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI). Für dieses Vorhaben wird mit einer Treibhausgasminde- rung von rund 1.600 Tonnen CO₂ jährlich und einer Erhöhung des Radverkehrsanteils um 15 Prozent gerechnet. Damit leistet es einen wichtigen Beitrag zum lokalen Klimaschutz.

Im Rahmen des Förderaufrufs „Klimaschutz durch Radverkehr“ der NKI werden regional modellhafte, investive Projekte zur Verbesserung der Radverkehrssituation in konkret definierten Gebieten wie beispielsweise Wohnquartieren, Dorf- oder Stadtecken gefördert. Seit 2016 hat das Bundesumweltministerium bundesweit bereits 60 Einzel- und 29 Verbundvorhaben zum Radverkehr im Rahmen des Förderaufrufs mit einem Förder- volumen in Höhe von rund 146 Millionen Euro bewilligt.

Weitere Informationen: www.klimaschutz.de □

Euregio Egrensis:

Regionaler Lenkungsausschuss genehmigt neue Kleinprojekte

In einem schriftlichen Verfahren genehmigte der Regionale Lenkungsausschuss (RLA), der über die aus dem INTERREG-Dispositionsfonds geförderten Kleinprojekte im Gebiet der Euregio Egrensis entscheidet, acht bayerische und ein tschechisches Kleinprojekt. Letzteres fördert die Zusammenarbeit nordbayerischer Leader-Aktionsgruppen und ihrer tschechischen Partnerorganisationen. In der neuen Vergaberunde wurden EU-Mittel in Höhe von rund 128.000 Euro eingeplant.

Angesichts der schwierigen Corona-Lage nutzen Projektträger verstärkt digitale Möglichkeiten, um mit ihren tschechischen Partnern zu kooperieren. Konkret erarbeitet das Porzellanwerk in Selb mit dem Westböhmisches Museum in Pilsen eine Wanderausstellung zum Thema „Böhmisches Porzellan“, während das Fichtelgebirgsmuseum Wunsiedel mit dem Stadtmuseum Franzensbad jeweils einen Kulturstadtplan in beiden Städten entwickelt.

Klöppelstücke mit digitalen Möglichkeiten archiviert die Verwaltungsgemeinschaft Schönsee. Dabei bezieht sie auf digitale Wege unter anderem die örtliche Schule und deren Partnerschule sowie Klöpplerinnen auf beiden Seiten der Grenze ein, um der jungen Generation die in der Grenzregion heimische, traditionsreiche Handwerkstechnik zu vermitteln.

An ihren Schulen bieten die Marktgemeinde Wernberg-Köb-

Europa in Kommunen zum Thema machen

Zu Beginn der diesjährigen „Europawoche“ diskutierten die Abgeordneten mit Christa Schweng, Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), im Europaausschuss, welche Chancen sich für Bürger aus der bevorstehenden Konferenz zur Zukunft Europas ergeben. Die Landtagsgrünen scheiterten mit einem Antrag, in dem sie mehr Unterstützung für Kommunen bei Einwerbung von EU-Fördermitteln forderten. So könnte das Thema Europa stärker in Städte und Gemeinden gebracht werden.

Wie kann Europa widerstandsfähiger aus der Covid-19-Krise hervorgehen? Dieser Frage hat sich Christa Schweng als Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses verschrieben. Dieser ist neben dem Ausschuss der Regionen ein beratendes Gremium der EU-Institutionen und baut die Brücke zwischen Brüssel und den alltäglichen Herausforderungen der Wirtschaftsvertreter, Gewerkschaften und den Bürgern in den Kommunen.

Erfolg mit Bottom-up-Prozess

In der Konferenz zur Zukunft Europas sieht Schweng eine Chance, die Zivilbevölkerung mit ins Boot zu holen und ihnen eine Stimme zu geben. „Ich bin zu tiefst davon überzeugt, dass der Schlüssel zum Erfolg der Konferenz zur Zukunft Europas darin liegt, dass diese nach einem breiten, partizipativen Bottom-up-Prozess durchgeführt wird. An diesem Prozess muss eine Vielzahl von Akteuren – aus allen Regionen – beteiligt sein, um Erfolg zu haben“, sagte sie. An dieser Stelle sind vor allem auch die Kommunen gefragt.

Dashboard für Transparenz

Damit sich aus Ergebnissen der Konferenz tatsächliche Verbesserungen für das tägliche Leben der Menschen in Europa ergeben, müssten zudem transparent „Follow-up-Maßnahmen“ folgen. „Wir fordern daher ein Dashboard“, in dem jeder Bürger die konkrete Umsetzung der Maßnahmen verfolgen kann. Wenn

Stadt Stein:

Azubimesse – Per App zum Ausbildungsplatz!

Die Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler ist Corona-bedingt in diesem Schuljahr stark beeinträchtigt. Bekannte Azubimesse mussten entfallen. Im laufenden Ausbildungsjahr 2020/21 gibt es in der Stadt Stein bislang 10-15 Prozent weniger Ausbildungsplätze. Auch viele Möglichkeiten für berufsbegleitende Maßnahmen und Schnupperpraktika entfallen, was vor allem der Ausbildungsjahrgang 2021/22 zu spüren bekommt.

Dies haben sich die „Nacht der Ausbildung in Stein“ und die „Berufsinfomesse in Langenzenn“ zum Anlass genommen, einen gemeinsamen Weg in Sachen Berufsorientierung zu gehen. Erstmals wurden vielfältige Ausbildungsmöglichkeiten der Region auf der Azubimesse Langenzenn-Stein im Netz vorgestellt:

- Eine App bot auf dem Smartphone direkten Zugang zu Ausbildungsstellen aus Langenzenn, Stein und Umgebung.
- Einfach per „Like-Funktion“ und via Messenger konnte mit den Firmen im Umkreis in Kontakt getreten werden.
- Einerseits bestand die Möglichkeit, gezielt nach passenden Berufsbildern zu suchen, andererseits konnten durch die Auswahl von bestimmten Interessen und Eigenschaften passende Ausbildungsplätze gefunden werden.

Organisiert wurde die Infoveranstaltung von der Stadt Stein, der Stadt Langenzenn, dem Förderverein Mittel- und Realschule in Langenzenn e.V., dem Gewerbeverein Stein, dem Bund der Selbständigen Ortsverein Stein und Ortsverein Langenzenn und

diese nicht weiterverfolgt werden, muss diese Entscheidung auch transparent klargemacht werden. Die Stärke unserer Initiative liegt im Wissen der verschiedenen Mitglieder vor Ort. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter und die Mitglieder unserer diversen Gruppe wissen am besten, wo die Probleme liegen. Die Mitglieder dienen als Multiplikatoren, Botschafter und Vermittler in der Debatte. Das macht sie sozusagen zur idealen Brücke zwischen den Bürgern, d.h. der organisierten Zivilgesellschaft und der Konferenz“, erläuterte die Präsidentin des EWSA.

Integration von jungen Menschen

In der anschließenden Diskussion fragte Florian Siekmann, europapolitischer Sprecher der Landtagsgrünen, wie junge Menschen als Vertretung der Zivilgesellschaft stärker in Prozesse integriert werden können. „Es ist wichtig, dass junge Menschen strukturiert miteinbezogen werden“, betonte Schweng. Wie dies geschehe, läge allerdings in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsstaaten, da bisher keine Quoten dazu existieren. Der Grünen-Fraktion geht es aber auch um den Einbezug von Kommunen in die Europapolitik. So wurden eine Vielzahl von verschiedenen Förderprogrammen – darunter beispielsweise das Forschungsprogramm Horizont Europa – für die neue Förderperiode von 2021 bis 2027 aufgelegt, von denen auch Kommunen profitieren können. Voraussetzung dafür ist aber, dass sie

die passenden Anträge stellen. „Die Staatsregierung muss ein Förderprogramm zur Einrichtung von Europabüros in den bayerischen Kommunen und Landkreisen auflegen“, forderte Siekmann. „Es kann nicht sein, dass sich nur die großen bayerischen Städte, wie München, Nürnberg und Augsburg, Europabüros leisten können. Auch kleinere Gemeinden, lokale Vereine und Initiativen sollen von den EU-Geldern profitieren.“ Diese Europabüros könnten für die beteiligten Kommunen oder Landkreise die Einwerbung von EU-Fördermitteln bündeln und gleichzeitig Schnittstelle zwischen den Bürgern und der EU sein. „Auch auf den ersten Blick für Kommunen uninteressante Programme – wie das Forschungsprogramm Horizont Europa – bieten inzwischen mit der Förderlinie Smart Cities eigens zugeschnittene Angebote an“, so Siekmann. „Für die Information und Antragsstellung braucht es entsprechende Fachkompetenz vor Ort, die bringen wir mit den Europabüros in die Städte und Gemeinden.“ Der Antrag fand im Europaausschuss jedoch keine Mehrheit und wurde abgelehnt.

Die Europäische Union (EU) feiert seit 1995 jährlich am 9. Mai den „Europatag“. Die Aktivitäten sollen dazu einladen, über Europa nachzudenken und gemeinsam zu diskutieren sowie andere Kulturen und Länder Europas näher kennenzulernen. Anlaufstelle der Konferenz zur Zukunft Europas ist die Plattform: future.europa.eu. red

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chaffel vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse)
€ 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Link zur Messe: www.azubimesse-langenzenn-stein.de
App-Download: <http://onelink.to/Spdg5j> □

Waldkirchen:

Eröffnung Kompetenzstelle für Digitalisierung im Tourismus

Bayerns Wirtschafts- und Tourismusminister Hubert Aiwanger hat die Kompetenzstelle Digitalisierung der BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH in Waldkirchen eröffnet. Aiwanger: „Der Erfolg der bayerischen Tourismuswirtschaft hängt entscheidend davon ab, wie digital und nachhaltig sich die Akteure für die Zukunft aufstellen. Aus diesem Grund haben wir bereits vor der Corona-Pandemie die Schwerpunkte der tourismuspolitischen Arbeit auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit ausgerichtet. Mit der Eröffnung der Kompetenzstelle Digitalisierung haben wir einen Meilenstein für die Digitalisierung im Tourismus erreicht! Von Waldkirchen sollen Impulse zur Digitalisierung für die gesamte bayerische Tourismuswirtschaft ausgehen.“

Die Aufgabe der Kompetenzstelle ist es, digitale Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen, die den Tourismus in Bayern stärken. Mit ihrer Unterstützung soll es den touristischen Akteuren gelingen, ihren Gästen ein noch besseres Reiseerlebnis im Freistaat zu bieten.

Bayern Cloud Tourismus

Eines der wichtigsten Projekte ist die Umsetzung und Betreuung der Bayern Cloud Tourismus. Dort sollen künftig alle notwendigen Daten für Tourismusmarketing und Destinationsmanagement zur Verfügung gestellt und gemanagt werden. Anbieter touristischer Dienstleistungen können diese Informationen als Basis für innovative Anwendungen und Geschäftsmodelle nutzen. Eine erste solche Anwendung ist beispielsweise der neue Ausflugssticker Bayern, mit dem sich Gäste in Echtzeit über mögliche Ausflugsziele und deren Auslastung informieren, aber auch für alternative Ziele inspirieren lassen können.

Die im Zuge der Behördenverlagerung in Waldkirchen neu gegründete Kompetenzstelle ist die

erste Außenstelle der BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH (BayTM) und startet jetzt mit einem kleinen Team von zwei Mitarbeitern. Bis 2022 werden insgesamt zehn Mitarbeiter wichtige Aufgaben für die digitale Transformation der Tourismusbranche in Bayern übernehmen.

Aiwanger: „Mit der bayerischen Landesmarketingagentur BayTM und der Stadt Waldkirchen haben zwei Partner für die Kompetenzstelle zusammengefunden, die sich hervorragend ergänzen.“ Weiter führte der Staatsminister aus: „Wir haben hier die Expertise und das Netzwerk der BayTM und eine Tourismusregion, die über gute Kontakte und Ansprechpartner mit Tourismus- und Digitalisierungskompetenz in der Nähe verfügt. Das sind optimale Voraussetzungen für den künftigen Leiter der Kompetenzstelle, Markus Garnitz. Ich freue mich, dass wir trotz einiger Corona-bedingter Verzögerungen hier stehen und wünsche dem neuen Leiter und allen Partnern viel Erfolg und gutes Gelingen!“

Barbara Radomski, Geschäftsführerin der BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH: „Wir

freuen uns sehr über die Erweiterung der BayTM durch die Kompetenzstelle Digitalisierung, mit der wir heute operativ starten. Als touristische Dachorganisation des Freistaats wollen wir die Akteure im bayerischen Tourismus auch beim bedeutenden Thema Digitalisierung künftig noch besser unterstützen. Nicht zuletzt Corona hat uns gezeigt, wie wichtig ein zentrales Datenmanagement für den Tourismus ist. Dies wird eine der primären Aufgaben unseres neuen Bereichs sein.“

Standort Waldkirchen

Erster Bürgermeister Heinz Pollak hob die gelungene Standortwahl hervor: „Waldkirchen ist einer der bedeutendsten Tourismusorte im Bayerischen Wald mit zahlreichen Hotels, Gasthöfen, Ferienwohnungen und hofentlich bald mit einem eigenen Campingplatz. Waldkirchen verfügt auf kleinstem Raum über alle Freizeiteinrichtungen, vom Erlebnisbad, Eishalle, Golfplatz, Kletterwald, Kurparksee bis hin zu Tennisplätzen oder Wanderwegen. Kurzum: der perfekte Urlaubsort in einer der schönsten Regionen Bayerns. Waldkirchen will als eine der modernsten Städte Bayerns im Digitalisierungsbereich vorne mitmischen und somit sind wir zusammengefasst der ideale Ort für die neue Digitalisierungsstelle der Bayern Tourismus Marketing GmbH. Vielen Dank an unseren Minister, der hier wieder einmal zeigt, wie man den ländlichen Raum stärkt.“

GZ PINOS WELT



„So, ich hoffe, Du fühlst Dich im Büro auch ohne Sabrina wohl. Heute mach ich nicht so lange, höchstens bis Vier. Und dann wäre es schön, wenn Du hier irgendwo sitzen würdest – ich habe keine Lust, Dich lange zu suchen.“ Der Bürgermeister kam nach langen Wochen des Homeoffice Dank sinkender Inzidenzen mal wieder in sein Büro. Traurige Premiere: Das erste Mal ein Bürotag ohne Sabrina.

Sabrina hat sich im Auftrag der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nach Afrika aufgemacht, um als Projektleiterin den Aufbau und den nachhaltigen Unterhalt von Schulen zu begleiten. Getreu dem Motto: Bildung ist Zukunft.

Die feierliche Ansprache des Bürgermeisters gebührte mir: Pino. Ich war – oder besser: bin – der Kater von Sabrina. Pechschwarz, wunder-

Aber primär ist eine Katze frei und schert sich um niemanden, vor allem lässt man sich als Katze nicht sagen, was man zu tun oder zu lassen habe. Was natürlich taktisches Handeln nicht ausschließt, also etwa den Kratzbaum zu benutzen statt dem Sofa und auffindbar zu sein, wenn es dem Menschen gefällt. Somit ist es nicht ehren-

rührig, wenn ich um Vier gut sichtbar auf dem Fensterbrett des Vorzimmers liegen werde.

Ich werde dann meinen ersten Tag als offizielle Rathaus-Katze Revue passieren lassen und mich in meiner neuen Prominenz sonnen. Schließlich lassen sich eine Reihe außergewöhnlicher Katzen nennen, die es auf administrativer Ebene zu etwas gebracht haben. Da ist etwa Socks, die „first cat“ der Vereinigten Staaten, als Bill Clinton Herr im Weißen Haus war. Oder gar eine Institution wie „The Chief Mouser to the Cabinet Office“, der oberste Mäusefänger in Downing Street 10. Das Amt geht auf die Zeit Heinrichs VIII zurück und der Kollege ist Beamter, dessen Unterhalt die Krone im Jahr 100 Pfund kostet. Anders als Socks und ich ist er auch nicht an den antierenden Hausherrn gebunden, sondern sieht die Premierminister kommen und gehen.

Bleibt nur noch die Frage übrig, wieso Sie von mir heute und fortan regelmäßig in dieser Kolumne lesen können. Eine Katze die hört, denkt und schreibt – etwa in dieser Reihenfolge? Ein Kater, der über rudimentäre juristische Bildung verfügt, Geschichtskennntnisse hat und gespannt das politische Geschehen verfolgt? Gut, etwas Geheimnis und Rätselhaftigkeit möchte ich um mich und meine Person schon wissen. Aber wenn Karl Lagerfelds Choupette oder Meredith von Taylor Swift über eigene Twitterkanäle verfügten, warum soll ich dann keine Kolumne schreiben?

Mein Chef, der Bürgermeister, ist, wie zu erwarten war, nicht um Vier, sondern erst um Sechs aus seinem Büro aufgetaucht, um nach Hause zu fahren. Er sah mich freudig auf der Fensterbank und nahm mich auf den Arm. Jede Wette, er dachte an Rainer Maria Rilke: „Das Leben und dazu eine Katze, das gibt eine unglaubliche Summe.“

ICH, PINO, FIRST CAT IM RATHAUS

schön und charakterstark. Deshalb bringt es der Bürgermeister auch nicht übers Herz, mich ins Tierheim abzuschieben oder mich tagsüber bei sich zu Hause zu lassen. Er hat Sabrina versprochen, sich gut um mich zu kümmern und es bis heute nicht bereut – danke ich.

Natürlich ist eine Katze von einem anderen Kaliber als ein Hund. Ein Hund ist von seinem Herrchen/Frauchen/Diverschen ja abhängig wie der Junkie von der Nadel. Er macht Männchen, holt Stöckchen, gibt Pfötchen oder – igitt – Küsschen, nur damit der ihn besitzende Mensch füttert, trinkt und bei Regen ins Haus lässt.

Für eine Katze undenkbar, dass jemand sie besitzen könnte, soweit man Besitz korrekt als Ausübung der Sachherrschaft versteht (vor Sabrina war ein Amtsrichter mein Wohnungsgenosse). Natürlich ist es bequem zu wissen, wo in der Küche der Napf mit dem feinen Haschee steht, wie treuherzig man schauen muss, um ein Leckerchen zu bekommen und es schmeichelt einen doch, wenn der Hausgenosse oder die Hausgenossin ein absurd teures Katzensnack-Produkt kauft, um angeblichem Feuchtigkeitsmangel entgegenzuwirken.

Ihr Pino

Sonnenkampagne im Landkreis Dillingen:

Vorreiter in Sachen Klimaschutz

Der Landkreis Dillingen zählt zu den Vorreitern in Sachen Klimaschutz. Dieses Zwischenfazit zieht Landrat Leo Schrell zur Sonnenkampagne des Landkreises und verweist dabei auf die vielfältigen Initiativen und Maßnahmen.

So geht der Landkreis bei vielen Projekten mit gutem Beispiel voran. Schrell nennt in diesem Zusammenhang die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Landratsamtes sowie einen Batteriespeicher, die im Zuge der Erweiterung und Sanierung des Landratsamtes installiert wurden. Ergänzend dazu wurden beim Landratsamt für den Fuhrpark der Behörde, der sukzessive auf E-Mobilität umgestellt werde, Ladestationen errichtet, die teilweise auch von der Belegschaft genutzt werden können. „Wir wollen damit der E-Mobilität einen Impuls verschaffen“, betont Schrell. Zudem ist geplant, auf den Parkboxen weitere Module einer Photovoltaikanlage zu installieren. Die bereits bestehende Photovoltaikanlage ging am 31.07.2020 ans Netz und erzeugte im Jahr 2020 23.310,60 kWh Strom. Davon wurden 85 % eigenverbraucht. Als erfolgreiche Initiative des Landratsamtes bezeichnet der Landrat in diesem

Zusammenhang die Sonnenkampagne. So stellt die Anschaffung einer Photovoltaikanlage nach Überzeugung des Landrats eine wirtschaftliche Investition in eine nachhaltige Zukunft dar. Dazu tragen insbesondere die ausgereifte Technik und die mittlerweile günstigen Anschaffungskosten bei.

Durch Eigenverbrauch wirtschaftliche Solaranlagen

„Vor allem, wenn Teile des erzeugten Stroms in Kombination mit einem Speicher selbst verbraucht werden, ist eine Photovoltaikanlage höchst lukrativ. Die Sonnenkampagne, die der Landkreis Dillingen a.d. Donau gemeinsam mit weiteren Partnern umgesetzt hat, ist dabei ein wichtiger Baustein der regionalen Energiewende“, betont der Landrat.

Die Kampagne, die im Zuge des European Energy Awards (eea) entstanden sei, habe sich dabei nach Ansicht des Landrats

als „goldrichtig“ erwiesen. „Ziel der Kampagne ist es“, so Schrell, „die Bürgerinnen und Bürger für die Energiewende und den Klimaschutz weiter zu sensibilisieren, das vorhandene Potenzial zu nutzen und damit auch die Wertschöpfung in der Region weiter zu erhöhen.“ Die in den vergangenen beiden Jahren angebotenen Vortragsveranstaltungen, die im Rahmen der Sonnenkampagne mit den Kommunen und den lokalen Energieversorgern angeboten wurden, waren dabei laut Schrell ein absoluter Renner. Weit über 1.200 Besucherinnen und Besucher informierten sich in insgesamt neun Vorträgen über die Nutzung von Sonnenstrom und den damit verbundenen Möglichkeiten der Eigenstromnutzung.

Bonus beim Neubau eines Effizienzhauses 40 Plus

Sebastian Hartmann vom Energie- und Umweltzentrum Allgäu, das den Landkreis Dillingen bei der Umsetzung des European Energy Awards begleitet, informierte aktuell zu den Neuerungen des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG 2021). So wurde laut Hartmann die Grenze zur EEG-Umlagebefreiung von 10 auf 30 kWp angehoben. Anlagen in diesen Größenordnungen werden somit, laut dem Experten, in Verbindung mit Eigenverbrauch nochmals deutlich wirtschaftlicher und können damit im Sinne der Energiewende großzügiger ausgelegt werden. „Einen besonderen Bonus für Photovoltaikanlagen gibt es auch beim Neubau eines Effizienzhauses 40 Plus“, so Hartmann. „Bei diesem Effizienzhaus-Standard ist zwingend eine PV-Anlage mit Batteriespeicher

und ein Erneuerbares-Energien Heizsystem erforderlich. Derzeit bietet das Programm 25 Prozent Tilgungszuschuss auf einen Höchstbetrag von 120.000 € pro Wohneinheit, ab 1. Juli 2021 wird der Höchstbetrag sogar auf 150.000 € angehoben“, freut sich Hartmann über die neuen Fördermöglichkeiten.

Potenzial auf Hausdächern

Christian Weber von der Wirtschaftsförderstelle des Landratsamtes Dillingen, der die Sonnenkampagne federführend verantwortet, betonte „dass durch die Sonnenkampagne insbesondere die Privatbürger auf das Potenzial auf ihren Hausdächern aufmerksam gemacht werden sollen. Durch die Kampagne wird deutlich aufgezeigt, dass die Sonnenstromnutzung auf dem eigenen Hausdach nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich rentabel ist.“ Die Preise für die PV-Module sind in den letzten Jahren stark gesunken, was insbesondere die Anlagen in Kombination mit der Eigenstromnutzung zu einer lukrativen Investition in eine nachhaltige Zukunft macht.

„Um dies praxisnah aufzuzeigen, hat das Landratsamt zur Umsetzung der Sonnenkampagne ein neues, interaktives Solarpotenzialkataster erstellt, mit dem alle Bürgerinnen und Bürger virtuell eine eigene Photovoltaikanlage auf der eigenen Immobilie planen und simulieren können“, informiert Weber über das innovative Angebot des Katasters. Damit werde veranschaulicht, welche Potenziale das eigene Hausdach zur Nutzung der Sonnenenergie bietet und wie viel Strom selbst erzeugt werden

kann. Jeder Hausbesitzer kann laut Weber über das Online-Kataster, das auf Laserscandaten der Bayer. Vermessungsverwaltung beruht, eine eigene Photovoltaikanlage konfigurieren und simulieren und erfährt dabei mit dem Wirtschaftlichkeitsrechner, welche Renditen mit der Investition möglich sind.

Landrat Leo Schrell freut sich insbesondere über die aktive und rege Nutzung des Katasters seitens der Bevölkerung. So haben in den vergangenen beiden Jahren über 7.500 Bürgerinnen und Bürger das Kataster genutzt und sich mittels der angebotenen Tools zu einer eigenen Photovoltaikanlage informiert. „Damit wird auch der konkrete Ausbau der Photovoltaik im Landkreis Dillingen sichtbar. Allein vom Jahr 2018 auf 2019 konnte ein Zuwachs von rund 280 Anlagen im Landkreis Dillingen über die Energieversorger verzeichnet werden. Die Zahlen für 2020 liegen bedauerlicherweise erst Mitte des Jahres vor, werden jedoch auch den Trend der vergangenen Jahre widerspiegeln“, so der Landrat.

Der Umweltausschuss des Landkreises Dillingen hat erst im Herbst des vergangenen Jahres die Weiterführung des European Energy Award (eea) beschlossen. Damit einhergehend soll auch die Sonnenkampagne des Landkreises fortgeführt und weitere Bausteine in der nächsten Sitzung des Energie- und Klimabeirats beraten werden.

Informationen zu Sonnenkampagne sowie zum Solarpotenzialkataster sind im Internet unter www.landkreis-dillingen.de; Rubrik „Wirtschaft & Energie“ – European Energy Award – Sonnenkampagne eingestellt. □

Stadt Günzburg:

CSU begrüßt Spielplatzcheck

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hatte die Jugendreferentin des Stadtrats und stellv. CSU-Ortsvorsitzende Margit Werdich-Munk die Idee eingebracht, die Günzburger Spielplätze einem breit angelegten Check durch Familien zu unterziehen und so Anregungen zur Weiterentwicklung zu erhalten. „Gerade in Coronazeiten, in denen der Bewegungsradius und das Angebot zur Freizeitgestaltung eingegrenzt ist, sind die Spielplätze wichtig“, so Werdich-Munk.

„Die CSU Günzburg dankt OB Gerhard Jauernig sowie der Verwaltung für die schnelle und professionelle Umsetzung. So geht Kommunalpolitik Hand in Hand zum Wohle der Allgemeinheit“, lobte Philipp Rauner, CSU-Ortsvorsitzender, die Zusammenarbeit. Stadtrat und stellv. Ortsvorsitzender Stefan Baisch erhofft sich bereits für die Haushaltsberatungen 2022 Anregungen zur Attraktivitätssteigerung der Spielplätze. Dann obliege es dem Stadtrat die entsprechenden Mittel auch im Hinblick auf die finanziellen Möglichkeiten bereitzustellen. „Über die Homepage der Stadt Günzburg werden die Tests als Blogbeiträge für 2021 dann veröffentlicht werden“, wies Daniel Schuler, stellv. CSU-Ortsvorsitzender, hin. □



Photovoltaikanlage auf dem Dach des Landratsamtes.

Bild: Landratsamt Dillingen a.d. Donau

Die schönsten Seiten des Museums

Gemeinsam in der Vergangenheit schweigen, Neues erfahren und miteinander ins Gespräch kommen – mit der Zeitschrift „Museumsgala“ erhalten Heimbewohnerinnen und Heimbewohner von oberfränkischen Senioreneinrichtungen besondere Einblicke in sieben Museen und in die Trachtenberatung des Bezirks Oberfranken. Die von der KulturServiceStelle in Kooperation mit dem Museum der Deutschen Spielzeugindustrie in Neustadt bei Coburg initiierte Publikation wurde nun von Bezirkstagspräsident Henry Schramm an den Heimleiter des AWO SeniorenWohnParks „Rosengarten“ in Wirsberg Thomas Scherer übergeben.

„Unser Ziel ist es, mit dieser Aktion den SeniorInnen eine Freude zu bereiten und ihnen interessante und anschauliche Informationen zu musealen Einrichtungen zu präsentieren. Die oberfränkischen Museen kommen sozusagen zu den Bewohnerinnen und Bewohnern in das Altenheim“, erklärte Bezirkstagspräsident Henry Schramm die zugrundeliegende Idee der Zeitschrift.

In der ersten Ausgabe von „Museumsgala“ stellen sich die Museen und die Trachtenberatung vor. Die beteiligten Einrichtungen sind das Deutsche

Dampflokotiv Museum in Neuenmarkt, das Deutsche Korbmuseum in Michelau, das Fichtelgebirgsmuseum in Wunsiedel, das Museum der Deutschen Spielzeugindustrie in Neustadt bei Coburg, das Museum für bäuerliche Arbeitsgeräte in Bayreuth, das Töpfermuseum in Thurnau und das Volkskundliche Gerätemuseum in Arzberg-Bergensreuth sowie die Trachtenberatungsstelle des Bezirks Oberfranken in Frensdorf. „In den darauffolgenden Ausgaben stellt jede Einrichtung ein neues Objekt vor. Die Zeitschrift wird einmal im

Monat erscheinen und kostenlos an ortsansässige Senioreneinrichtungen verteilt“, so Barbara Christoph, Leiterin der KulturServiceStelle des Bezirks Oberfranken.

Erste positive Rückmeldungen

Der Kulmbacher Landrat Klaus Peter Söllner, der neben dem Neuenmarkter Bürgermeister Alexander Wunderlich bei der offiziellen Übergabe anwesend war, bedankte sich bei der KulturServiceStelle sowie bei den beteiligten Einrichtungen für das ins Le-

ben gerufene Projekt. Die „Museumsgala“ sticht durch ihre schönen, großen und anschaulichen Fotos hervor. Zu jedem Museum bzw. Objekt stehen passende Impulsfragen zur Verfügung, wie zum Beispiel „Haben Sie Puppen oder Spielzeug für die eigene Familie hergestellt?“ oder „Kennen Sie noch die Tradition des ‚Krippenschauens‘?“, die zu Gesprächen anregen und bei den Seniorinnen und Senioren Erinnerungen hervorrufen. Außerdem umfasst die Zeitschrift einen Rätselfeld.

HeimleiterInnen von Senioreneinrichtungen, Pflegeheimen oder Mehrgenerationenhäusern können die Zeitschrift „Museumsgala“ telefonisch unter der Nummer 0921 7846-1430 bestellen.



V.l.: Kulmbachs Landrat Klaus Peter Söllner, Bezirkstagspräsident Henry Schramm, Heimbewohnerin Martha Schaller, Heimleiter Thomas Scherer, DDM-Verwaltung Barbara Thiele, Leiterin der KulturServiceStelle Barbara Christoph, Neuenmarkter Bürgermeister Alexander Wunderlich

Bild: Bezirk Oberfranken

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen zwei Flyer der Firma Radmaier e.K. bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



Der Kemptener Nordschule, die im vergangenen Jahr beschlossen hat, sich auf den Weg zur Klimaschule zu machen, wurde die „Klima-Junior-Box“ übergeben – eine Sammlung kindgerechter Lerneinheiten für die Arbeit in der Eingangsstufe in der Grundschule. Die „Klima-Junior-Box“ ist für die Nordschule eine erste konkrete Maßnahme, mit der Themen rund um Klimaschutz und Klimawandel den Grundschülerinnen und Grundschulern nähergebracht werden können. So entwickeln die Kinder schon früh ein Bewusstsein für die Umwelt. Die „Klima-Junior-Box“ stammt von der Energieagentur Ebersberg-München, ist verständlich, kompakt und im Schulalltag gut einsetzbar.

V.l.: OB Thomas Kiechle, Isabel Wendl (eza), Thomas Weiß (Klimaschutzmanager), Thomas Baier-Regnery (Jugendreferent) und Iris Bergmann (Schulleiterin Nordschule). Foto: Stadt Kempten (Allgäu)

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr.11, die am 28. Mai 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Kommunale Finanzthemen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunaler Bau und Ausstattung kommunaler Gebäude
- Handwerkliche Dienstleistungen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
www.erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN juwi

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahren-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.

> 50 erfolgreiche ISB/IS2 Projekte

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de

schweitzer
Fachinformationen

Abonnieren Sie unseren

KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www. **AKDB**.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW

HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG

- ✓ 100% Außenluft umluftfrei
- ✓ betriebssicher
- ✓ energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:

- + keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
- + Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- + kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- + Neubau oder Sanierung im Bestand
- + Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

**SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de**

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Messenger-Dienste

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten – direkt auf Ihr Handy:

WhatsApp, Telegram, Facebook, Messenger icons

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
Lüftungsbau

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Ökologische Landschaftspflege mit



Zum Artenschutz und zur Förderung der Biodiversität werden zunehmend mehr Flächen in Kommunen und Städten zu Blühwiesen oder Bienenweiden umgewandelt.

Wir haben die richtigen Geräte für die Pflege dieser Flächen!

Der von uns neu entwickelte Geräteadapter mit Fanghaken-Schnellwechsel-System macht die Gianni Ferrari Frontmäher noch vielseitiger.



Unser Geräteadapter RGA ist für folgende Gianni Ferrari Modelle verfügbar:
PG / SR, Turbo 1-4, Turbo-Cruiser

- Lieferumfang:
- Tragrahmen
 - Anbauflansch mit Neigungsverstellung
 - Fanghakenaufnahme (System Köppl)
 - Umkehr-Reduziergetriebe
 - Geräteantrieb mit 3-Klauen-Muffe (System Köppl)
 - Gelenkwelle mit Schutzrohr
 - Senkdrossel für die Frontaushebung





Doppelmesser-Portalmähwerk
 Arbeitsbreite: 155 cm, 196 cm, 238 cm
 schont Kleinlebewesen
 keine Saugwirkung

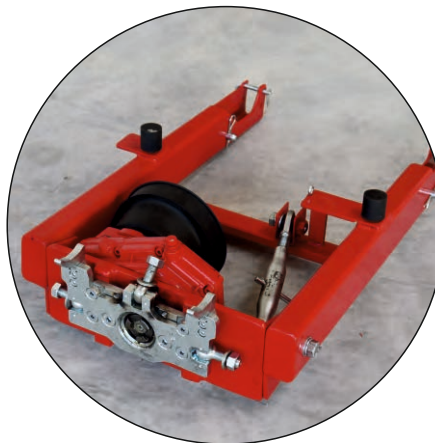


Bandrechen / Heumaschine
 Arbeitsbreite: 145 cm, 185 cm
 unterstützt das Abfallen
 der Pflanzensamen

Geräteadapter RGA



Kehmaschine
 Arbeitsbreite: 120 cm
 verschiedene Ausführungen



Wildkrautbürste
 Arbeitsbreite: 53 cm, 102 cm



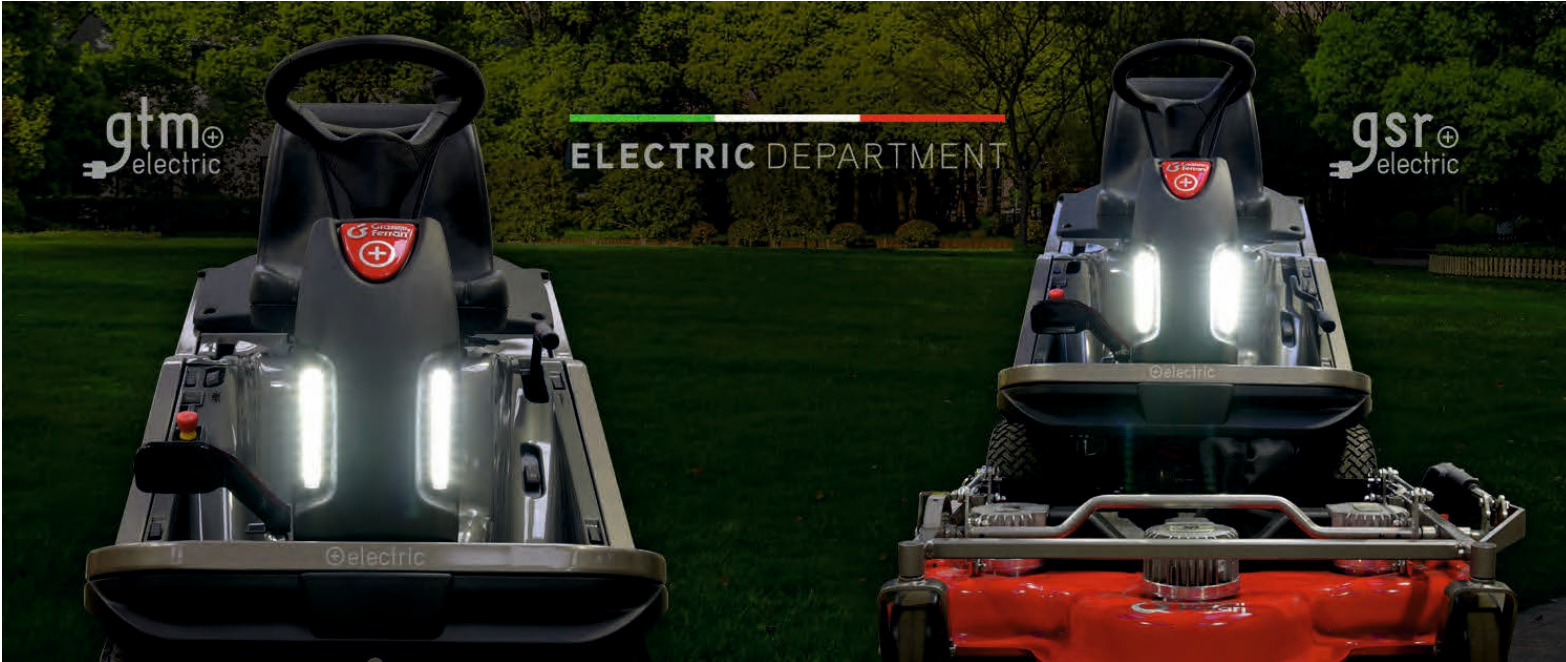
Schneeräumschild
 Arbeitsbreite: 140 cm, 160 cm
 Schwenkung: mechanisch, elektrisch
 oder hydraulisch



Mähbalken mit Mittelantrieb
 Arbeitsbreite: 122 cm bis 193 cm
 verschiedene Ausführungen
 schont Kleinlebewesen
 keine Saugwirkung

Einsatz-Videos gibt's auf unserem Youtube-Kanal:





ELECTRIC DEPARTMENT

GTM +electric LongRange (LR) / StandardRange (SR)

Profi-Aufsitzmäher mit Zwischenachsmähwerk und Grasaufnahme nur 85 cm breit

WELTNEUHEIT - DER ERSTE PROFESSIONELLE ELEKTRISCHE AUFSITZMÄHER

Fahrtrieb: voll elektrisch - 1,2 kW
 Messertrieb: voll elektrisch - 3 kW
 Batterie: LR: 6 Akkupacks, 54 V / 144 Ah
 SR: 3 Akkupacks, 54 V / 72 Ah
 Laufzeit: LR: 6-8 Std. / SR: 3-4 Std., je nach Einsatzverhältnissen
 Ladezeit: LR: ca. 6-7 Std. / SR: ca. 3-4 Std. - mit integriertem Ladegerät
 Fangbox: 280 ltr., elektrische Bodenentleerung
 Mähwerk: 80 cm, Zwischenachs-Sammelmähwerk, manuelle Schnitthöhenverstellung - 4 stufig

Zubehör: Mulchkit, Seitenauswurfkit

GSR +electric LongRange (LR) / StandardRange (SR)

Profi-Frontmäher mit Mulch- / Heckauswurfmähwerk 112 cm breit

WELTNEUHEIT - DER EINZIGARTIGE ELEKTRISCHE FRONTMÄHER

Fahrtrieb: voll elektrisch - 1,2 kW
 Messertrieb: voll elektrisch - 9 kW
 Batterie: LR: 8 Akkupacks, 54 V / 192 Ah
 SR: 5 Akkupacks, 54 V / 120 Ah
 Laufzeit: LR: 6-8 Std. / SR: 4-5 Std. je nach Einsatzverhältnissen
 Ladezeit: LR: 6-7 Std. / SR: 4-5 Std.- mit integriertem Ladegerät
 Fangbox: 280 ltr., elektrische Bodenentleerung
 Mähwerk: 112 cm, kombiniertes Mulch- und Heckauswurfmähwerk, elektrische Schnitthöheneinstellung, elektrische Wartungsposition

Powerbank PB ULTRA+

- + einfaches Nachladen
- + verlängerte Autonomie
- + mehr Arbeitsstunden
- + lädt jedes Akku-Werkzeug

Leistung: 8 kW
 Spannung: 230 V



Turbogross

Nullwendekreis-Frontmäher mit ausgezeichneter Manövrierfähigkeit für extrem enge Verhältnisse

Motoren (StageV): Benzin 17,2 kW (23 PS)
 wahlweise Vergaser oder elektr. Einspritzung EFI
 Diesel 16,3 kW (22 PS)
 Antrieb: Hydrostat, Hebel-Steuerung
 Fangbox: 350 ltr. oder 500 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung
 Sammelmähwerk: 110 oder 130 cm

Zubehör: Mulchmähwerke 110 - 150 cm, Schlegelmäher, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse



Turbolader S / M / H

Multifunktions-Lader mit Knicklenkung

vielseitige Maschine für den Einsatz im Garten- und Landschaftsbau, in der Kommune, in Baugewerbe und Landwirtschaft

S-Serie: der günstige Einstieg
 M-Serie: die komfortable Mittelklasse
 H-Serie: die leistungsstarke Oberklasse

Motoren: 16,3 kW bis 19 kW (22 bis 26 PS)
 Antrieb: hydrostatischer Allrad-Antrieb
 Hubhöhe: max. 308 cm

Anbaugeräte: Schaufeln, Palettengabel, Mähwerke, Schlegelmäher, Heckenschere, Umkehrfräse, Grabenfräse, Bohrergeräte, Schneeschild, Schneefräse usw.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

Wir beraten Sie gerne - Mietkauf - Leasing - Finanzierung - Kommunalleasing - schnell und unkompliziert



Peter Bachmaier
 Tel. 08071/9293-15
 Mobil 0170/2867905
 bachmaier@radlmaier.de



Jörg Köhler
 Tel. 08071/9293-45
 Mobil 0170/8343012
 koehler@radlmaier.de



Günther Radlmaier
 Tel. 08071/9293-65
 Mobil 0171/2632797
 guenther@radlmaier.de



Griesmeier 1
 83547 Babensham



Falls Sie von uns keine Werbung mehr erhalten möchten, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@radlmaier.de



2021

Vertriebspartner
 für
 Bayern

Griesmeier 1 - 83547 Babensham
 Tel. 08071/9293-0 - www.radlmaier.de - info@radlmaier.de



GTM

Profi-Aufsitzmäher mit Zwischenachs-Mähwerk und Grasaufnahme nur 85 cm breit

Motor: Benzin 11,9 kW (16 PS), 2-Zylinder V-Motor
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 280 ltr., Bodenentleerung
Mähwerk: 80 cm Sammelmähwerk

Zubehör: Mulchkit, Seitenauswurfkit



GTR

wendiger Frontmäher im kompakter Bauweise

Motor: Benzin 11,9 bzw. 14,8 kW (16 bzw. 20 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 280 ltr. Bodenentleerung
Sammelmähwerk: 112 cm

Zubehör: elektr. Fangboxentleerung, elektr. Schnitt-höhenverstellung, Schneeschild, Schneefräse



GTS

Multifunktions-Frontmäher mit direkter Grasaufnahme Allradantrieb auf Wunsch

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
Diesel 16,3 kW (22 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 480 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung
Sammelmähwerk: 96 oder 112 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Wildkrautbürste, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse



GT

Multifunktions-Frontmäher mit direkter Grasaufnahme Allradantrieb auf Wunsch

Motor: Diesel 19 kW (26 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox: 550 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 126 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Wildkrautbürste, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse

Turbo Z

Nullwendekreis-Frontmäher

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
Diesel 16,3 bzw 19 kW (22 bzw. 26 PS)
Antrieb: Hydrostat

Zubehör: Mulchmäherwerke 112 - 185 cm, Vertikutierer, Schlegelmäher 110 - 180 cm, Schneeschild, Schneefräse



PG

der ideale Allrounder zur Pflege von Grünanlagen und Freigelände Allradantrieb auf Wunsch

Motor: Benzin 17,2 kW (23 PS)
Diesel 16,3 bzw. 19 kW (22 bzw. 26 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox (nur PG): 600 ltr. oder 800 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 112, 126 oder 130 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Kabine mit Heizung und Lüftung, Pflegegeräte für Kunstrasen
NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion RGA Geräte-Adapter, Balkenmäher, Bandrechen



PG X-PRO / SR X-PRO

der neue starke Allrounder zur Pflege von Grünanlagen und Freigelände PG X-PRO: Sammel-Mäher / SR X-PRO: Mulch-Mäher Allradantrieb auf Wunsch

> neue Plattform, mehr Platz, leiser, neue Aufhängung
> neue Bedienkonsole rechts - perfekte Ergonomie
> separat schaltbare Turbine mit Magnetkupplung

Motor: Diesel 16,3 bzw. 19 kW (22 bzw. 26 PS)
Antrieb: Hydrostat
Fangbox (nur PG): 800 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 126 oder 130 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Pflegegeräte für Kunstrasen
NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion RGA Geräte-Adapter, Balkenmäher, Bandrechen



Turbo 1 / 1W / 2 / 4

Profi-Frontmäher mit Turbine und Grasfangbehälter Allradantrieb (Turbo 1W und 4)

Motor: Diesel 19 kW (26 PS)

Antrieb: Hydrostat (Turbo 4 mit 2-stufigem Hydrostat)
Fangbox: 900 ltr. bis 1.300 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk: 130, 150 oder 180 cm

Zubehör: Mulchmäherwerke 130 - 185 cm, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Wildkrautbürste, Pflegegeräte für Kunstrasen
NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion RGA Geräte-Adapter, Balkenmäher, Bandrechen



NEUHEIT für Sommer / Herbst 2021: Turbo 4 V50 & Turbo 4 Cruiser V50

Unsere stärksten Profi-Frontmäher kommen in neuer Ausführung!

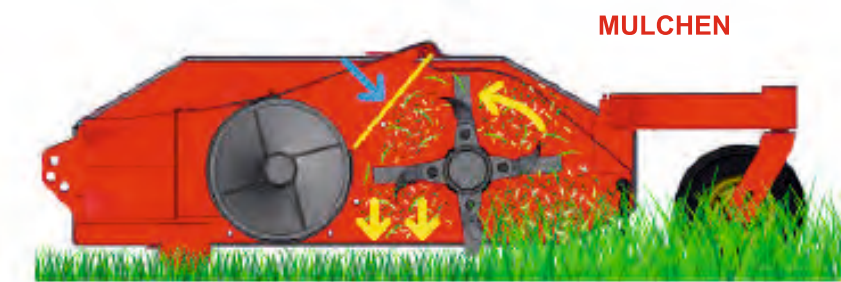
Allradantrieb, 2-stufiger, hydrostatischer Fahrtrieb, neuer Zapfwellen- und Turbinenantrieb Kubota CommonRail-Motoren, mit 37 kW (50 PS), 2,4 Liter Hubraum, elektr. geregelt, Rußpartikelfilter, EU StageV neuer Fahrerplatz mit mehr Platz, neuer Bedienkonsole, weniger Vibration und Geräusch, mehr Komfort
Turbo 4 V50: offener Fahrerplatz, klappbarer ROPS-Fahrerschutzbügel
Turbo 4 Cruiser V50: integrierte Komfortkabine, mit Heizung / Lüftung / Klimaanlage

ZUBEHÖR FÜR DIE PG-Serie und Turbo-Serie



MÄHEN UND AUFSAMMELN

Der **GF3x1PLUS** gibt dem Nutzer die Möglichkeit zwischen Sammeln und Mulchen zu wählen. Beim PG erfolgt die Umschaltung hydraulisch, beim TURBO1-2-4 mechanisch per Handhebel. Die in der Abbildung dargestellte Klappe gibt den Weg für das Mähgut zum Aufsammlern frei oder leitet es direkt auf den Boden ab.



MULCHEN




GF3X1 PLUS 160 SMART SYSTEM



Der neue, größere **GF3x1PLUS 160** kombiniert die Vorteile des 140 mit einer noch robusteren Konstruktion und einem an das Aussehen der Turbo1-2-4 Reihe angepassten Design. All das in Verbindung mit dem innovativen **ÜBERLAST-ABSCHALTSYSTEM**, das die Schnecke bei Überlastung vom Antrieb entkoppelt. Mit diesem System werden Schäden am Gerät und den Antrieben durch übermäßige Belastung und Kontakt mit Fremdkörpern, wie Steinen und größeren Holzstücken, wirkungsvoll vermieden. Falls die Überlastsicherung ausgelöst hat, kann der Antrieb mit dem serienmäßig mitgelieferten Werkzeug wieder eingekoppelt werden - es kann sofort und ohne Verzögerung weitergearbeitet werden.

PLUS und VORTEILE:
SICHERHEIT und LANGLEBIGKEIT des Geräts
KEINE AUSFALLZEIT bei gestoppter Maschine
HÖHERE PRODUKTIVITÄT bei der Arbeit



MODELL	PASSEND FÜR	ABMESSUNGEN (cm)	SCHNITTBREITE (cm)	MESSERANZAHL
140	PG - TURBO1	L 130 x L 157 x H 50	135	56 Y, 28 Becher, 28 Vertikutier
160	TURBO2-4	L 135 x L 180 x H 50	155	100 Y, 50 Becher, 50 Vertikutier